

Posener Zeitung.

Das Abonnement

auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 1/2 Sgr.

Bestellungen

nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate

1/4 Sgr. für die fünfgepalte Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 24. September. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Wirklichen Geheimen Rath Freiherrn von Werther das Kreuz der Großkomture des Königlich Preussischen Ordens von Hohenzollern zu verleihen, den Gerichts-Assessor Noldt zum Auditor in Spandau zu ernennen und dem Reg.-Sekretär Bechstein zu Frankfurt a. O. den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, 24. September, Nachmitt. Die „Wiener Abendpost“ erinnert anlässlich der Gerichte einer angeblich beabsichtigten Regulierung der österreichisch-italienischen Grenze daran, daß Venedig nur innerhalb seiner bisherigen administrativen Grenzen an Frankreich und von diesem an Italien abgetreten worden sei, daß die östliche Grenze hierdurch zu einer internationalen würde, und Gebietsabtretungen, Kompensationen bei den gegenwärtigen Friedensverhandlungen gar nicht in Rede ständen.

Mannheim, 24. September. Bei der heute hier stattgefundenen Abgeordnetenwahl für die badische Kammer wurde Staatsrath Ramey mit 54 von 72 Stimmen gewählt. Freiherr von Roggenbach erhielt 8 Stimmen.

Darmstadt, 24. September. Durch Verordnung vom heutigen Tage wird für sämtliche im Jahre 1849 begangene politische Verbrechen Amnestie ertheilt.

Ueber die Unterhandlungen mit Sachsen.

bringt eine Fluth von Gerichten an, die alle auf das Gebiet der Kombination gehören, aber insofern von Interesse sind, als sie die verschiedenen Wünsche und Hoffnungen hüben und drüben kennzeichnen. Man hat die große Verschiedenheit der umlaufenden Versionen daraus zu erklären versucht, daß neben den amtlichen Verhandlungen vertrauliche hergehen und diese bereits bis zu festen Grundlagen vorgedrungen wären, während jene sich sehr langsam fortbewegen, aber damit ist auch nur wieder eine Konjektur durch die andere begründet. Von Tag zu Tag ist die Rückkehr der sächsischen Truppen angekündigt worden, schon waren die Eisenbahnzüge bestimmt, welche sie befördern sollten, ein sächsisches Blatt brachte sogar einen Brief des General-Majors von Hake, welcher mit Bestimmtheit angab, daß die Truppen in den nächsten Tagen mit allen Ehren nach Sachsen einziehen würden. Dieser Brief war vom 18. September. Es scheint demnach selbst in den höheren Kreisen noch völlige Unkenntnis des Standes der Dinge zu herrschen.

Man bringt die Rückkehr der Truppen auch vielfach in Verbindung mit der Abdankung des Königs. Wenn aber gleichzeitig der Kronprinz als das Haupt der österreichischen Partei hingestellt wird, und ihm Aeußerungen in den Mund gelegt werden, wie die: er werde bald mit einigen hunderttausend Franzosen angerastet kommen und die Preußen aus Sachsen herauschlagen, ist nicht ersichtlich, welches Interesse die preussische Regierung an der Thronentfugung des Königs haben sollte. Man hat vielmehr früher mit Grund geglaubt, Preußen würde mit König Johann eher zum Ziele kommen, als mit seinen Söhnen. Sollte der König wirklich abdanken, so müßte er dazu seine eigenen Beweggründe haben. Jedenfalls scheint er die Verhandlungen über die künftige Stellung Sachsens selbst noch zu Ende führen und deren Ergebnis abwarten zu wollen, daß die der Regierung nahe stehende Presse, ob gläubig oder nicht, immer noch als ein verhältnismäßig günstiges in Aussicht zu stellen bemüht ist. So erzählt das „Zwickauer Wochenblatt“ aus zuverlässigen Mittheilungen vom 20. September aus Berlin, daß seit der Ankunft des Generalmajors v. Fabrice in Berlin die Verhandlungen hinsichtlich der künftigen Stellung der sgl. sächsischen Armee zu Preußen einen raschen Verlauf genommen und zu einem Ergebnis geführt haben, welches den baldigen Abschluß eines ehrenvollen Friedens mit Sicherheit erwarten läßt.

Die neuerdings dem Könige von Sachsen zur Ratifikation unterbreiteten Grundzüge über das Verhältnis der sächsischen Armee seien nämlich folgende: Sachsen vermehrt seine Armee von 20 auf 28 Bataillone, von 20 auf 30 Schwadronen, von 58 auf 90 Geschütze; Uniformierung und Bewaffnung wird in der Hauptsache preussisch, aber das Armeekorps bleibt in Sachsen, der Kronprinz bleibt Kommandant, der Fahnenstab wird dem König von Sachsen geleistet, die Armee trägt die sächsische Fokarde fort. Die preussischen Truppen verlassen Sachsen bis auf eine Brigade, welche in drei noch zu bestimmenden Städten garnisoniert wird, worunter aber Dresden nicht ist. Ein sächsischer Offizier wird sich immer im preussischen, so wie ein preussischer Offizier im sächsischen Kriegsministerium befinden. Diese Bedingungen seien von Sr. Maj. dem König angenommen worden. Nach einer anderweiten, auch der sächsischen Armee entgegenkommenden sicheren Nachricht wird die sächsische Armee in ungefähr 14 Tagen bis in die Gegend von Chemnitz kommen, dort ein Lager beziehen und demobilisirt werden, so daß die Truppen ungefähr in 4 Wochen wieder in ihren Garnisonen sein würden. — Die Garnisonorte der preussischen Brigade würden Leipzig, Zwickau und Bautzen sein.

Nach der „Eipz. Ztg.“ wäre dagegen in der Militärfrage ein Einverständnis über folgende Punkte erzielt: „Die sächsische Armee wird einen einheitlichen, selbstständigen Körper und als ein in sich geschlossenes Armeekorps einen Bestandteil der Armee des norddeutschen Bundes bilden; nach ihrer Rückkehr bezieht sie Friedensgarnisonen innerhalb des Königreichs Sachsen. Sie leistet dem Könige von Sachsen den Fahnenstab, während ihr Oberbefehlshaber dem Könige von Preußen als Bundes-Oberfeldherrn sich eidlich zu verpflichten hat. Im Kriegsfall steht sie unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen zu dessen unbeschränkter Verfügung. Die sonach erforderliche Reorganisation der sächsischen Armee hat nach Maßgabe der in Preußen bestehenden Armeeeinteilung und Militäreinrichtungen, sowie unter Annahme der preussischen Militärgesetzgebung über allgemeine Wehrpflicht u. bis spätestens zum 1. Juli 1867 zu erfolgen, bis zu welchem Zeitpunkte preussische Truppenabthei-

lungen eine Anzahl Ortschaften des Königreichs Sachsen, die noch nicht bestimmt sind, unter denen sich jedoch Dresden nicht befinden wird, besetzt halten werden. Die sonstigen Friedensbedingungen sind noch nicht Gegenstand eingehender Verhandlungen gewesen.“ Aehnliche Angaben gehen aus Wien vom 19. d. M. der „N. A. Z.“ zu, deren Korrespondent jedoch in einer Nachschrift hinzufügt: „So eben höre ich zuverlässig, daß die Verhandlungen bezüglich der Militärverhältnisse Sachsens — Verhandlungen, welche sich allerdings wesentlich um die oben gedachten Punkte bewegen, einen nahen Abschluß keinesfalls erwarten lassen, daß vielmehr noch sehr namhafte Differenzen fortbestehen.“

Dieser Schlusssatz wird denn auch wohl das Richtige enthalten. Sehen wir ab von der Thatsache, daß unsere Garde-Grenadiere von den Berliner Festlichkeiten wieder nach Dresden zurückkehren, so belehren uns seit einigen Tagen alle offiziellen Organe, daß etwas Wesentliches noch gar nicht vereinbart sei. Zunächst war es die „Zwickauer Korrespondenz“, welche nicht nur die Friedensverhandlungen, sondern selbst die Vorbesprechungen als ganz resultatlos bezeichnete. Heute kommt nun auch das „Dresdner Journal“ und erklärt, daß über die militärischen Fragen seit einiger Zeit zwar Verhandlungen begonnen und zu einer vorläufigen Verabredung geführt haben, wodurch ein Herantreten an die übrigen Fragen in Aussicht gestellt worden. Ueber den Inhalt jener vorläufigen Verabredungen habe das Blatt umföweniger ein Urtheil aussprechen wollen, als derselbe noch nicht einmal in zuverlässiger Weise in Dresden bekannt sei.

Gleichzeitig dementirt die „N. A. Z.“ die sächsischen Blätter in folgendem offiziellen Artikel:

„Die Nachrichten sächsischer Zeitungen über einen nahe bevorstehenden Abschluß der Verhandlungen zwischen Preußen und Sachsen, welche mit allen möglichen Details verbreitet werden, entbehren der Begründung. Die Verhandlungen sind kaum über die vorbereitenden Stadien gelangt. Erst wenn die Festung Königstein von der dort noch stehenden sächsischen Besatzung an Preußen übergeben sein wird, werden die definitiven Verhandlungen über die künftigen Verhältnisse des Landes und seine Stellung im norddeutschen Staatenbunde beginnen.“

Ist die Uebergabe des Königsteins die erste Vorbedingung der Unterhandlungen, so ist die Einräumung der Besatzung Dresdens die zweite. Und dies soll eben die Frage sein, über welche der in Berlin erwartete Kronprinz von Sachsen dort verhandeln wird. Hoffen wir, daß unsere Regierung das Recht der Besatzung Dresdens, mit dem von selbst dessen Befestigung aufgegeben würde, nicht werben lassen, nachdem unser Geniecorps die letztere für unumgänglich erklärt hat. Auf die Freundschaft des Sachsenkönigs, die jetzt von sächsischer Seite als Äquivalent milderer Bedingungen geboten wird, ist wohl wenig zu rechnen, da durch den Wiener Aufenthalt die dortigen Bande wohl nur gestärkt sind und man bereits wieder davon spricht, der als Minister entlassene Herr v. Benst solle in die Stellung des Hofmarschalls eintreten, also vielleicht unter anderem Namen die auswärtige Politik machen.

Wir glauben, daß es gerade bei den traditionellen Neigungen Sachsens auf preussischer Seite in den Verhandlungen großer Vorsicht bedarf. Es handelt sich ja nicht, wie man hier und da annimmt, um ein Provisorium, das erst durch das Parlament zu einem Definitivum hinübergeführt würde, sondern um ein sofortiges Definitivum, das der Beurtheilung des Parlaments nicht unterliegt. Preußen unterhandelt hier selbstständig als Sieger gegen den Besiegten und bewegt sich ausschließlich auf dem Boden des internationalen Rechts; es kann nicht darauf warten, daß ihm das Parlament helfen soll, die Bedingungen gegen Sachsen zu erreichen, welche als unerläßliche erkannt sind.

Deutschland.

Preußen. — Berlin, 24. Septbr. Wie vorauszusehen war, ist heute im Abgeordnetenhaus die Vorlage wegen Verkaufs der westphälischen Staatsbahn abgelehnt worden. Keineswegs dasselbe Resultat steht für die Anleihevorlage zu erwarten. Es erhellt dies bereits aus der großen Anzahl von Rednern, welche sich gegen die Kommissionsvorschlüge zum Worte gemeldet hat. Mit einiger Spannung sieht man den Erklärungen der Regierung in Bezug auf die Amendements entgegen und man hofft, daß in Bezug auf das Amendement Michaelis vielleicht die Zustimmung der Regierung erfolgen möchte, andernfalls dürfte durch die Konföderation, die Altliberalen und eine Anzahl von Mitgliedern des linken Centrums eine wenn auch nur unbedeutende Majorität für die Vorlage zu Stande kommen. — Heute Abend ist die sogenannte Amnestionskommission des Abgeordnetenhauses zur Feststellung des Verdicts über die Einverleibung von Schleswig-Holstein beisammen. Es gewinnt indessen den Anschein, daß diese Angelegenheit erst nach der Vertagung des Plenum beschäftigt werden möchte, denn es erhält sich die Angabe, daß die Vertagung schon am Donnerstag eintreten soll. Andererseits möchte auch die Regierung wohl Werth darauf legen, daß Graf Bismarck bei der Plenarverhandlung die Regierung vertrete und der Graf ist jetzt so leidlich, daß er schon in den nächsten Tagen sich auf das Land begeben will, um sich vor Allem die nöthige Ruhe zu gönnen. Angaben, wonach der Ministerpräsident beabsichtigen soll, den Winter in Italien zuzubringen, werden vielfach bezweifelt und bedürfen jedenfalls der Bestätigung.

Die Einzugsfestlichkeiten gehen zu Ende. Die fremden Fürstlichkeiten, welche an den Hof gekommen waren, haben fast sämmtlich die Rückreise angetreten. Der Prinz und die Prinzessin Friedrich, so wie die Prinzessin Marie der Niederlande reisen morgen früh nach Schweden ab. Heute Abend reist J. M. die Königin Augusta nach Baden zurück, um dort ihre Kur zu beenden. Ob, wie es hieß, der König noch eine Herbstreise antreten wird, steht sehr dahin. Auch darüber, ob und wann Se. Majestät die neuerworbenen Landestheile bereisen wird, sind noch gar keine festen Bestimmungen getroffen.

— Berlin, 24. Septbr. [Zur Anwesenheit des Herrn Dunant; vom Lazarethwesen; Armeeseelsorge.] Unter den

Gästen, welche hier eingetroffen waren, um den nationalen Festlichkeiten beizuwohnen, befand sich auch der bekannte Herr Henry Dunant, der Urheber der Idee, die Pflege der Verwundeten und Kranken im Felde zu einer allgemeinen Sache der Humanität und internationalen Vereinbarung zu machen. Derselbe hat sowohl das in Genf bestehende internationale Komitee ins Leben gerufen, als auch den Kongress, in Folge dessen diese Institutionen in fast allen Ländern zur Geltung gekommen sind. Er war von dem Genfer Komitee hierher gesandt worden, um durch seine Theilnahme an den Festlichkeiten und durch Ueberreichung eines besondern Dankschreibens die Anerkennung des dortigen Komitee's für die erfolgreichen Bestrebungen und Leistungen Preußens auf diesem Gebiete auszusprechen, und hat dieselbe auch in wärmster Weise sowohl über die huldvolle Mitwirkung, welche den Zwecken des Vereins durch den König, die Königin, die Minister und Staatsbehörden geschenkt worden ist, als auch über die sehr erfolgreiche und wirksame Thätigkeit des hiesigen Central-Komitee's (Central-Komitee des preussischen Vereins zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger) zu erkennen gegeben. Herr Dunant ist hier mit großer Auszeichnung empfangen worden, wie es seinen Verdiensten in dieser humanen und gemeinnützigen Sache entspricht. Namentlich hat ihn hoch erfreut, daß bei diesen Festen die Vertreter der Krankenpflege in so ehrender Weise gefeiert und anerkannt wurden. Uebrigens hat er die Nachricht mitgebracht, daß die Zwecke des Vereins immer mehr Anerkennung finden, und daß Aussicht vorhanden sei, daß diejenigen Regierungen, welche noch nicht beigetreten sind, dies bald thun werden.

Die Feldlazarethe, welche nach Böhmen mitgegangen waren, sind jetzt sämmtlich auf der Heimkehr, nachdem sie ihre Kranken an die Reservelazarethe abgegeben, und heute ist das erste schwere Feldlazareth des 3. Armeekorps hier eingetroffen.

Wir haben schon früher einmal mitgetheilt, daß die Seelsorge für die Armee nicht hinreichend befunden und eine Sammlung zur Anstellung von Hilfsgeistlichen veranstaltet worden sei. Dieselbe ist so reichlich ausgefallen, daß nur ein kleiner Theil für den eigentlichen Zweck verwendet werden konnte, und zieht man deshalb in Erwägung, wie der Rest in einer dem ursprünglichen Zweck entsprechenden Weise verwendet werden könne. In der Provinz Westphalen ist deshalb ein Vorschlag gemacht worden, welcher Anhang zu finden scheint, nämlich von den Zinsen der übrig gebliebenen Summe zur geistlichen Pflege der Truppen jährlich Erbauungs- und Unterhaltungsschriften zum Gebrauch in Kasernen und Lazareth in den Garnisonen anzuschaffen; die andern Provinzen werden, wie man erwartet, diesem Beispiele folgen.

— Se. Maj. der König führen gestern Vormittag in Begleitung J. J. des Prinzen Albrecht und des Prinzen Albrecht (Sohn), so wie des Prinzen August von Württemberg nach Potsdam, wo Mittags die dortige, aus dem Felde zurückkehrende Garnison ihren Einzug hielt.

— Das Leiden, welches den Herrn Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck seit 8 Tagen nöthigte, sich aller amtlichen Geschäfte zu enthalten, verhindert denselben auch gegenwärtig, sich der Leitung von Staats-Angelegenheiten zu unterziehen. Der Herr Ministerpräsident ist von des Königs Majestät insbesondere auch von allen Immediatvorträgen dispensirt worden. Die Nachricht hiesiger Zeitungen ist daher unbegründet, daß der Herr Minister in den letzten Tagen Vortrag bei Sr. Maj. dem Könige gehabt hätte. (N. A. Z.)

— Ueber die Amnestie sagt die „N. A. Z.“ u. A.: Es ist die Amnestie, welche vor allem freudig vom Volke begrüßt worden ist, nicht nur um derjenigen unserer Mitbürger willen, welche zunächst und direkt von derselben berührt werden, sondern weil die Amnestie in ihrer Motivierung und in ihrem Inhalt einem königlichen Aufruf gleichkommt, der sich an das ganze Land wendet und Jedermann auffordert, des Haders der politischen Parteien zu vergessen und nunmehr mitzuwirken an dem Zweck, der allen Parteien gemeinsam sein muß: der Ehre, dem Wohl und der Größe des Vaterlandes.

Wenn man erwägt, daß dies zweifelsohne der Grundgedanke gewesen ist, der den König bei dem Aussprechen des Gnadenbittes geleitet, so werden auch wohl jene Bedenken schwinden, die sich bereits in einem Theile der Presse geltend zu machen suchen und betreffen deren uns ebenfalls eine Zuschrift zugeht: daß nämlich in dem Amnestiedekret nicht ausdrücklich auch der, in Folge von Preßvergehen eingetretene Konfessions-Entzuehung gedacht sei, wodurch eine ganze Kategorie von Verurtheilten von dem Gnadenakte ausgeschlossen würde, und zwar speziell diejenigen, welche politisch ehrenhaft genug waren, zu verschmähen, den Namen eines nominalen Redakteurs zwischen ihre Verlagskonfession und das Gesetz einzuschreiben.

Wir halten, wie gesagt, diese Bedenken für überflüssig. An dem Sinn des königlichen Wortes wird von derjenigen Seite, welche berufen ist, dasselbe in Ausföhrung zu bringen, sicher nicht „gedreht und gedreht“ werden, sondern es wird allen voll und ganz zu Gute kommen.

— In Königsberg werden durch die Amnestie folgende Persönlichkeiten, welche wegen politischer oder Preßvergehen bestraft oder in Untersuchung verwickelt worden sind, berührt: Dr. Johann Jacoby, Dr. Jaltson, Dr. v. Hasenkamp, Dr. Minden, Dumas, Sack, Aug. Stobbe, die Buchdruckereibesitzer Hartung, Schulz, Schmöbe, Herr Bornträger, Buchhändler Richter. Das kurz zuvor rechtskräftig gewordene Urtheil gegen den Redakteur des freisinnigen „Schulblattes“ für die Provinz Preußen, Ed. Sack, durch welches letzterem die Berechtigung zur Weiterführung des Blattes entzogen war, ist durch das Amnestiedekret rückgängig geworden. Die Börse in Königsberg hatte in Folge des Amnestiedekrets ausgeflagt.

— Die unerwartete Milde der Friedensbedingungen, welche nach Anfangs sehr viel höher gespannten Forderungen zuletzt der bairischen Regierung gewährt worden sind, und die Andeutungen, welche Herr v. d. Pfordten in dieser Beziehung in der Münchener Kammer gab, führten schon früher auf die Vermuthung, daß Baiern Verpflichtungen übernommen habe, welche im Falle einer Bedrohung der Integrität des deut-

schen Gebietes durch auswärtige Mächte Süddeutschland auf die Seite Preußens stellen würden. Bekanntlich schwebten grade damals französische Kompensationsansprüche in der Luft. Dem „Nürnb. Korresp.“ wird jetzt aus München gemeldet: „In Kreisen, welche unterrichtet sein können, wird berichtet, daß außer dem Friedensvertrag in Berlin auch ein Allianzvertrag zwischen Baiern und Preußen abgeschlossen worden sei, welcher die gemeinsame Garantie beider Staaten im Fall eines von außen kommenden oder drohenden Angriffs bestimmen soll. Ob die Sache formell wirklich schon so weit gediehen ist, mag dahin gestellt bleiben; so viel dürfte aber aus mancherlei Anzeichen mit Sicherheit hervorgehen, daß unsere Staatsregierung entschlossen ist, die durch den Kammerbeschluß vorgezeichnete Linie des engen Anschlusses an Preußen für die Zukunft zur Richtschnur ihrer Politik zu machen.“

Ueber den Vertrag zwischen der preussischen Regierung und dem Kurfürsten von Hessen berichtet die „Kass. Z.“: „Der Kurfürst erhält sofort ein Kapital von 600,000 Thlr., behält die Reventien des Hauschages, zieht sein sämtliches Privatvermögen zurück und erhält alle Einkünfte, welche durch Verpachtung zc. der zum Hausfideikommiß gehörigen Güter, Schlösser zc. auskommen.“

Wie der „B. u. H. Z.“ aus Mecklenburg berichtet wird, ist zwar Aussicht vorhanden, daß der bevorstehende sogenannte Konvokations-Landtag den Vertrag der beiden Regierungen mit Preußen und den Eintritt in den Norddeutschen Bund genehmigen, dagegen das Wahlgesetz verwerfen wird. Die Mehrzahl der ritterschaftlichen Landtagsmitglieder erkennt an, daß man sich in das Unvermeidliche schicken muß, das Wahlrecht aber wird, nach Zusicherungen, die hervorragende Personen in Berlin empfangen haben wollen, vermeidlich sein. Sie hoffen, daß ihnen gestattet werden wird, Delegierte aus ihrer Mitte zu entsenden. Für den wahrscheinlicheren Fall, daß diese Herren sich in ihren Voraussetzungen irren, stehen bereits die Namen derjenigen populären Männer, die Aussicht haben, von der Mehrheit der bei allgemeinen Wahlen stimmberechtigten Mecklenburger ins Parlament zu kommen, ziemlich fest; es ist kein einziger Adliger darunter.

Zu den Einzugsfeierlichkeiten war aus Hannover auch der Hoflieferant Schrader hier eingetroffen. In der Nacht, die seiner Abreise folgte, wurde sein Laden, in dessen Schaufenster preussische Militärspektakel ausgelegt waren, demoliert und die Familie konnte sich nur durch eilige Flucht retten.

Das 3. Garderegiment z. F. ist gestern Vormittag nach Hannover, und das Garde-Grenadierregiment Königin Elisabeth nach Dresden abgegangen. Das Garde-Grenadierregiment Königin Augusta geht heute nach Koblenz ab.

Frankfurt a. M., 20. Sept. Auch hier in der alten Reichsstadt, wo dem preussischen Geiste eine neue Stätte bereitet werden soll, ist der heutige Fest- und Ehrentag Preußens freudig begangen worden. Zu derselben Stunde, wo der König an der Spitze seines sieg- und ehrengekrönten Heeres in die Hauptstadt des Bundes einziehen sollte, vereinigten sich die hier anwesenden Preußen vom Militär und Civil (etwa 130 an der Zahl) zu einem Festmahl im Saal des „Englischen Hofes“. Das Fest fand nur im Kreise der alten Preußen statt. Die Veranstalter waren gewiß von einem richtigen Gefühl geleitet, indem sie den Frankfurtern zunächst eine Betheiligung an diesem Siegesfeste nicht zumutheten. Hoffentlich kommt bald eine Zeit, wo die jetzt neu hinzutretenden Preußen in voller patriotischer Gemeinschaft und Freundschaft mit uns die vaterländischen Feste begehen können.

Sächsische Herzogthümer. Meiningen, 21. Sept., Abends. Das so eben erscheinende Regierungsblatt bringt folgende Proclamation Sr. Hoh. des Herzogs Georg:

An meine lieben Meiningen! Tief erschüttert, daß die unerbittlichen Er-

eignisse dieses Jahres meinen vielgeliebten Vater bewogen haben, den hochherzigen Entschluß zu fassen, seine segensvolle fast 50jährige Regierung niederzulegen, trete ich mein hohes Amt an. Ich stehe zu Gott, daß er mich stärke und erleuchte, mir Kraft gebe, demselben mit der Treue und Hingebung vorzustehen, durch welche mein vielgeliebter Vater in so seltener Weise für einen leuchtenden Vorbild war. Mit Liebe und Vertrauen forme ich Euch entgegen! Unterstützt mich in meinem schweren Berufe durch Euer Vertrauen! Meiningen, den 21. Sept. 1866. Georg.

Dasselbe Blatt meldet, daß der Staatsminister und Wirkl. Geh.-Rath, Generalmajor v. Buch auf sein Nachsuchen in den Ruhestand versetzt und der bisher zur Disposition gestellte Staatsminister Wirkl. Geh.-Rath Frhr. v. Krosigk zum Staatsminister ernannt, auch demselben die Leitung der Geschäfte des Staatsministeriums überhaupt, so wie die des herzoglichen Hauses und des Auswärtigen übertragen worden sei.

Österreich.

Aus Wien, 20. September wird der „Dresl. Ztg.“ geschrieben: Die seit lange vakanten Statthalterposten von Böhmen und Galizien sind nun endlich wieder besetzt, doch findet man es für gut, die beiden betreffenden Ernennungen einzuweichen noch als Amtsgeheimnis zu behandeln, da sie selbstverständlich in starr feudalem und slavischem Sinne ausgefallen sind. Als Statthalter des Königreichs Böhmen wird der bisherige Oberlandesmarschall Graf Rothkirch-Pantzen fungieren, ein echter böhmischer Hochtort, von dem man übrigens nur weiß, daß er bei der Leitung der Landtagsverhandlungen sich dem deutschen Elemente nicht besonders geneigt erwiesen. Dennoch ist diese Wahl, da sie auf einen verhältnismäßig harmlosen Mann gefallen, noch als die unschädlichere zu betrachten, — wogegen das Ministerium durch nichts besser als durch die Wahl des Grafen Goluchowski zum Statthalter Galiziens konstatieren konnte, wie es eine immer innigere Allianz mit dem Feudalismus und Ultramontanismus in seiner mittelalterlichsten Gestalt abschließt. Einen ärgeren Schlag konnte man dem Deutschthum wie dem Liberalismus schon gar nicht versetzen. Graf Agenor Goluchowski fungierte bekanntlich anderthalb Jahre als Nachfolger Bach's und wußte der Reaktion, die unter seinem Vorgänger doch immer einen aufgeklärt-bureaucratischen Stempel an sich getragen, den Charakter des reinen Mittelalters mit einem starken Weigischmacke echt slavischer Urwüchsigkeit aufzudrücken. Man muß die Beamten, die unter Sr. Excellenz gedient, sprechen hören, wie z. B. die Bibliothek im Ministerium des Innern kurzweg an die Luft gefegt ward, weil der edle Graf die Zimmer zu Speisefällen benutzte. Seine Idee war es auch, die Völker mit dem „verstärkten Reichsrathe“ abzufinden, dessen Mitglieder die Krone sich selbst ernannte, aber sogar diesen Herren trat er in der brüskesten Manier entgegen, als sie in der Versammlung ihm Vorstellungen über seine Amtsführung zu machen wagten. Vollends unmöglich ward er, als er am 20. October 1860 die vier berichtigten Landesstatute oktroyirte, welche den vier Ständen eine gleich starke Anzahl von Vertretern zuwies und die Wahl der letzteren in Stadt und Dorf den Gemeinderäthen übertrug. Damals stand Goluchowski's Renommee so tief, daß er in Lemberg als Landtagskandidat ausgelacht ward und nicht eine Stimme erhielt. Heute freilich ist er der Abgott der Polen: einmal, weil er die zwei Mill. Ruthenen, die bisher die Stütze der österr. Herrschaft in Galizien gebildet, rücksichtslos polonisirt und zweitens, weil er alle Aemter ohne Ausnahme in die Hände seiner Landsleute lieferte und ganz Galizien von czechischen und deutschen Bureaucraten pflasterte. „Wir haben erst 1863 erprobt, welchen unermesslichen Werth das Regiment Goluchowski's für uns hat — antwortete mir ein freisinniger Pole auf meine Frage, was denn seine Landsleute jetzt mit dem Grafen für ein Wesen trieben — nur durch seine Einrichtungen ist es uns ermöglicht worden, damals in so nachdrücklicher Weise den Aufstand in Kongresspolen zu unterstützen, ohne daß die Regierung in Wien das Mindeste dagegen ausrichten konnte.“ — Wollen Sie es als positiv an-

sehen, daß die Einsetzung eines ungarischen Ministeriums vorläufig wieder aufgegeben ist, da die mit Fingern zu greifende Wahrheit, daß es sehr zweifelhaft ist, ob selbst ein reines Ministerium Deak den Landtag heute noch zu Koncessionen an den Gesamtstaat vermögen könnte, endlich auch dem Grafen Belfred und Herrn v. Majlath sich aufgedrungen hat. Mit Ungarn stehen wir demnach so, daß die Regierung sagt: „kein Ministerium, ehe wir nicht über den Ausgleich einig sind“ — worauf die Magyaren erwidern: „über den Ausgleich verhandeln wir mit Niemandem, ehe nicht ein ungarisches Ministerium im Landtage erscheint“. Mittlerweile geben auch des Staatsministers verzogene Lieblinge, die Czeken, sich ein Ansehen, als hätten sie die Schlacht bei Koniggrätz gewonnen, und erklären positio: „was in Böhmen Staatsrecht sein soll, das bestimmt nur der Prager Landtag und kein Parlament in Wien“.

* Lemberg, 23. September. Graf Goluchowski hat gestern in Wien seinen Amtseid als Statthalter von Galizien geleistet und sofort die Reise hierher angetreten.

Großbritannien und Irland.

London, 21. September. Die neuesten aus Kalkutta eingelaufenen Briefe enthalten traurige Schilderungen der Hungersnoth, welche durch das Fehlschlagen der Reisernte eingetreten ist. Das arme Land voll sichtlich zu Tausenden nach den Städten, woselbst die Behörden und die Wohlherzigkeit der Stadtbewohner nach Kräften zur Linderung der Noth bedacht sind, ohne daß es ihnen jedoch immer gelänge, die Armen zu retten, die den Keim tödlicher Krankheiten aus ihren elenden Hütten mit sich geschleppt haben. In Kalkutta allein werden täglich über 20,000 dem Hunger Preis gegebene Nahrungsmitteleinheiten unterflügt. An Geld fehlt es nicht, und binnen vier Tagen wurden 80,000 Pf. St. gezeichnet, aber die Vertheilung ist bisher leider keine zweckmäßige, systematisch geordnete gewesen, woher es kam, daß nichtsinnige Bettelbanden, die auch in den allerbesten Zeiten von Brandstichung der Reisigen leben, den wirklich Bedürftigen ihre Rationen wegschnappten und diese dem Hunger in den Rachen trieben. Erst als seit vor kurzem 32 bis zur Erschöpfung herabgekommene Nothleidende vom Lande durch eine solche Bande mitten in der Stadt niedergebracht und thätlich zu Tode getreten worden waren, hat das Unterstützungs-Komitee System in das Chaos gebracht, verabsolgt keine Nahrungsmittel mehr, sondern vertheilt Anweisungen, die, um den Andrang zu mildern, an verschiedenen Punkten der Stadt honorirt werden, läßt zu den großen Schlafhütten nur solche zu, die wirklich Obdach bedürfen, und ist bemüht, Anstalten zu treffen, denen, die in ihren Heimathsort zurückkehren wollen, einen Zerpfehmig mit auf den Weg zu geben. Es verhungert Keiner geradezu in den Städten, aber Hunderte sterben in Folge der Entehrungen, denen sie während der letzten Wochen ausgesetzt gewesen waren, und aus denselben Gründen sind alle Hospitäler überfüllt. Schlimmer noch als in der Hauptstadt sieht es in anderen Städten aus, und welche Verwüstungen der Hunger auf dem flachen Lande anrichtet, mag, das läßt sich vorerst nur ahnen, aber nicht statistisch feststellen.

Frankreich.

Paris, 22. September. Der Kaiser, der gestern Abend in Biarritz eintraf, bleibt ungefähr drei Wochen dort. Unter den Diplomaten, die sich gegenwärtig in Biarritz aufhalten, befindet sich auch der amerikanische Gesandte am französischen Hofe, Herr Bigelow. Einer seiner Attachés ging dieser Tage ebenfalls dorthin ab, und da auch der Fürst Gortschakow in dem genannten Badeorte erwartet wird, so nimmt man hier an, daß es sich um ein russisch-amerikanisches Manöver handelt. Die russische Kaiserin hat der Prinzessin Mathilde das Großkreuz des Ordens der h. Katharina in Diamanten zugesandt, während die Königin von Preußen der Herzogin von Mouchy (geb. Murat) das Großkreuz

Die Perle und ihre Geschichte.

Von Theodor Weßl.
(Fortsetzung.)

Die Deutschen scheinen die Perlen erst später kennen gelernt zu haben, wahrscheinlich erst, als sie mit den Römern in nähere Beziehung traten. Einen gleich großen Ueberschwang scheint dies Geschmeide bei uns überhaupt nicht gefunden zu haben, wenigstens im Allgemeinen nicht, denn ein wirklicher Luxus ist wohl immer nur von einzelnen damit getrieben worden. Im Anzuge Karls des Großen werden Perlenbesätze erwähnt und die deutsche Reichskrone, die noch von ihm herkommen soll, trägt auf dem goldenen Bogen, der sich darüber wölbt, die aus Perlen gebildete Inschrift: „Chunradus dei gratia romanorum imperator augustus.“ Von Golde und mit Perlen gestickt, waren auch die Kronenbinden, wie z. B. an der Krone der Kaiserin Konstanza, Gemahlin Kaiser Friedrichs des Zweiten von Hohenstaufen, welche 1781 in einem hölzernen Kistchen in ihrem Sarge aufgefunden wurden.

Der Gebrauch der Perlen im Abendlande nahm nur langsam überhand und kam eigentlich erst in Blüthe mit der Kleiderpracht des 15. Jahrhunderts. Während desselben stieg er mit der Sittenlosigkeit und Trivialität aller Stände allerdings hoch genug. Als Karl der Kühne 1473 nach Trier auf den Reichstag zog, trug nicht nur er das bereits von uns erwähnte, mit Perlen überfachte Gewand, sondern auch die 5000 schön gerüsteten, in gebiegenem Gold und Silber gepanzerten Reiter, die sein Gefolge ausmachten, zeigten sich damit wie überstrahlt. Bei dem Orsmahl, das er dem Kaiser in St. Maximin veranstaltete, waren die silbernen Tischgeschätze und goldenen Trinkbecher reich mit prächtigen Perlen besetzt.

Selbstverständlich blieb auch bei uns diese eitle Prunksucht nicht auf die vornehmen Kreise allein beschränkt; sondern auch die unteren Stände thaten sich dadurch hervor. Mit den leichtfertigen Sitten der Entblößung und zur Schaulust der weiblichen Reize ging Hand in Hand ein maßloser Aufwand mit Edelsteinen und Perlen. Die abgeschmackten, unschönen langschabelförmigen Schuhe, die bis auf die Erde herabreichenden geschlitzten Ärmel, die ellenlangen, bauschigen Schleppen, die koketten Schleier — alles Dies, mit dem so viele Pracht getrieben wurde, war mit Perlen gestickt und besetzt. Häufige Anwendung fanden dieselben bei den Ärmelnähtereien, die häufig zum Zwecke hatten, die Wahlsprüche der Fürsten auf den Gewändern ihrer Vasallen und Untergebenen anzuzeigen.

Am höchsten stieg der Perlenluxus nach der Entdeckung von Amerika, nach welcher Spanien und Portugal besonders damit überfluthet wurden. Ein gewisser Gage meldet uns: „Edelsteine und Perlen sind so gemein und treibt man so eitle Pracht damit, daß bei den Edelsteinen nichts gewöhnlicher ist, als diamantene Hutschüre und Rofetten; selbst die Handwerksleute tragen dicht zusammengebundene Schnüre von Perlen auf ihren Hüften; es ist keine Dirne, auch bis auf die Möhrinnen und braunen Sklavinnen herab, die nicht Perlen-Arm- und Halsbänder und mit einem Edelsteine besetzte Ohrringe besäße.“

Wie konnte das auch anders sein, waren doch über 2000 Sögenbilder in Mexiko der öffentlichen Verehrung geweiht vorgefunden worden, die mit übergroßen Perlen über und über garnirt waren. Gomaro in seinem Werke „Die Eroberung von Mexiko“ giebt an, daß Ferdinand Cortez zahllose Perlengehänge an Kaiser Karl den Fünften nach Europa gesendet. Im Tempel zu Cosachiqui fanden spanische Soldaten neben den einbalsamirten Leichen Kürbchen vor, die mit Perlen gefüllt waren, so daß man hier mehr als tausend Maß mit fortnahm. Alles an Perlen glanz überstrahlte aber der Tempel zu Tolomocco, in dem die Leichen der Azteken beigesetzt wurden. Nach Garcilasso soll derselbe 100 Schritte lang und 40 breit, an Wänden und Dach mit Gewinden von Perlmutter-schalen und Perlen in lieblicher Abwechselung geschmückt gewesen sein. Abgesehen davon, daß die Todtentisten der Könige, ihre Schilde und sonstigen Waffen mit Perlen ganz bedeckt waren, befanden sich in der Mitte des Tempels auch drei Reihen Vasen auf abgeordneten Bänken, die pyramidenförmig über einander, d. h. auf je zwei großen immer eine kleinere gestellt waren, alle dicht mit köstlichen Perlen angehäuft. Von dem Beherrscher des fruchtbaren Gebietes von Schiaca erhielt der spanische Herrscher Soto eine zwei Klafter lange Schnur von Perlen, welche alle einander gleich und haßelnußgroß waren.

Auf die Frage nach dem Fundorte dieser herrlichen Schätze erwiderte der König: sie stammten aus ihren Flüssen her und in der Todtenthalle seiner Ahnen seien sie seit Alters aufbewahrt. Er gab den Spaniern die Erlaubnis, davon zu nehmen, so viel ihnen beliebte; auch ließ er während der Nacht nach Mexiko schicken und zur Ueberraschung seiner Gäste zwei Stunden nach Aufgang der Sonne am andern Morgen die gemachte Beute am Ufer ausbreiten; schon bei der ersten traf man auf 10—12 erbsengroße Perlen. Einer der Soldaten verzehrte mehrere Muschelchere und biß dabei auf eine Perle von ausgezeichnetster Schönheit, welche er Fernando de Sado für seine Gemahlin ehrerbietig anbot, dieser aber nicht annahm.

Natürlich erhöhten diese Schätze des neuen Tochterlandes den Glanz und die Pracht der spanischen Trachten auf's Wesentlichste. Ringe, Armbänder, Brustschleifen, Ohrringehänge und Diademe von Diamanten und Perlen wurden allgemein; besonders beliebt waren Haarnadeln, welche die Form von Fliegen und Schmetterlingen künstlich nachahmten. König Philipp der Zweite von Spanien, wie in Tenzels monatlichen Unterredungen vom Jahre 1697 berichtet wird, überreichte seiner Gemahlin Elisabeth im Jahre 1687 eine außerordentlich kostbare Schmuck-atraspe in Form eines Salats. Es war dies eine Schüssel voll größerer und kleinerer Edelsteine, wovon Topasen das Del, Rubinen den Essig, Perlen das Salz und den Pfeffer und außerordentlich große Smaragde den grünen Salat vorzustellen hatten.

Durch die Vereinigung Spaniens mit den Niederlanden und Deutschland kamen nicht nur die luxuriösen Moden, sondern auch die außerordentliche Vorliebe für die Perlen nach dem mittleren Europa. Bei den Männern wurden die Galanteriedegen, die Hüte und Anzüge damit besetzt; bei den Frauen bürgerten sich die Ketten und Perlenchnüre, die mit Per-

len besetzten Nadeln und Kopfpuze ein. Bekannt ist, daß Bischof Bernhard für die Hildesheimer Magdalenenkirche mit eigenen Händen ein 20 Fuß hohes Kreuz machte, das er mit Goldplatten bedeckte und mit Perlen, wie mit seiner Filigranarbeit anschnürte. Der bekannte Goldschmied Friedrich Hauer aus Jülichau fertigte 1611 für den Bischof von Eichstätt eine Monstranz, zu der, wie Verlepfch in seiner „Goldschmiedekunst“ angiebt, neben andern Kostbarkeiten auch 1400 Stück Perlen verwendet wurden.

Man sieht also, auch bis in die Kirche und deren Geräthschaften erstreckte sich der in Schwung gekommene Luxus. Derselbe ist bis nach Rußland hinaufgegangen und hat sich dort auch der griechischen Religion mitgetheilt, die freilich schon von ihrem Ausgangspunkt von Konstantinopel her einige Neigung dafür besaß.

Wie andere, so haben selbstverständlich die slavischen Völker die Sucht für Perlen angenommen. Die Frauen des russischen Mittelstandes lieben es vor Allem, sich damit zu puzen; wie man rühmt, versehen die Weiber der dalmatischen Slaven es besonders gut, sich damit zu zieren; die Schuppannerinnen pflegen ihren Perlenschmuck selbst bei der Arbeit auf dem Felde nicht abzulegen. Besonders leidenschaftlich ist die Liebe der Jüdinnen in Neu-Rußland für Perlen. Der berühmte Reisende Koshl schreibt darüber Folgendes: Alle Jüdinnen in ganz Neu- und Klein-Rußland bis nach Galizien hinein tragen eine steife, bauschige und sehr entstellende Haube, die gewöhnlich auf schwarzem Sammetgrunde über und über mit einer großen Menge kleiner und großer Perlen besetzt ist und die sie „Muschka“ nennen.

Unser Gewährsmann behauptet, daß diese Israelitinnen gewöhnlich ihr halbes Vermögen auf dem Kopfe trügen, denn meistens kosteten diese Hauben 500—1000 Rubel, viele aber auch 5—6000 und noch mehr. Er stellt in Folge dessen nachstehende Berechnung auf: Es mögen in dem geographischen Verbreitungsbezirke dieser Haube aufs Mindeste 2 Millionen Juden wohnen. Nehmen wir unter diesen 2 Millionen nur dreihunderttausend erwachsene Weiber als Minimum an, und unter diesen als Perlenhauben tragend nur die Hälfte, 150,000 (nur die ganz bettelarmen und die ganz vornehmen tragen keine Muschka), nehmen wir ferner den durchschnittlichen Werth einer solchen Haube nur zu 500 Rubel — es sind dies lauter kleinste Minima, die hinter der Größe der wahren Zahl weit zurückbleiben, — so giebt dies einen Kapitalwerth von 75 Millionen, die als Perlen auf den Köpfen der Jüdinnen in dieser Gegend getragen werden. Natürlich ist der jährliche Abgang an diesem Kapital wohl gering, da die Perlen von den Müttern auf die Töchter und Enkelinnen vererben. Allein geben wir ihnen auch die Dauer von einem Jahrhundert, so beträgt doch immer die jährlich nöthige Zubuße fast eine Million. Doch ist es wahrscheinlich, daß der Perlenhandel ein weit größeres Kapital beschäftigt. (Schluß folgt.)

Namens der Kommission empfehle ich Ihnen die unveränderte Annahme des Gesetzes, obwohl gegen den §. 5. des Gesetzes einige Bedenken vorhanden waren. Meine Herren! Es ist dies nicht das erste Mal, daß dem Herrenhause zugemutet wird, ein Gesetz, das der Verbesserung bedürftig ist, unverändert anzunehmen, da die Zeit zu kurz ist, um das Gesetz nochmals an das andere Haus zurückzugeben, und das Zustandekommen des Gesetzes dadurch auf lange Zeit hinausgeschoben würde. Ein solches Verfahren, meine Herren, ist wohl geeignet, die Stellung des Herrenhauses zu alterieren und sein verfassungsmäßiges Recht zu schmälern. Denn welche Bedeutung kann denn das Votum des Herrenhauses haben, wenn ihm unmöglich gemacht wird, seine Bedenken zur Geltung zu bringen? Ich darf deshalb wohl die Hoffnung aussprechen, daß die Staatsregierung in Zukunft es vermeiden wird, das Herrenhaus in diese unangenehme und unbediente Lage zu bringen. Es kommt jetzt dadurch in die Lage, zwischen zwei Wegen zu wählen: entweder ein Opfer zu bringen, indem es auf die Ausführung von Bestimmungen verzichtet, die es durchaus für heilsam und notwendig erachtet, oder die Staatsregierung zu zwingen, den Schluß der Session, den sie aus wohlwollenden Gründen für nötig hält, noch hinauszuverschieben.

Gegen den anderen Faktor der Gesetzesgebung ist die Regierung mit viel größerer Rücksicht vorgegangen. Die Kommission hat jedoch, um das Zustandekommen des Gesetzes nicht zu verhindern, diesmal von ihren Bedenken abgesehen, schlägt ihnen aber folgende Resolution vor:

Das Herrenhaus wolle beschließen, daß von der im §. 5. festgestellten Wohlthat kein Truppenteil ausgeschlossen werden darf, welcher während des Krieges einberufen und im Dienst gewesen ist, und daß insbesondere kein Unterschied durch den Ausdruck „im Felde“ begründet werden soll, weil die Art der Verwendung des Truppenteils den Anspruch auf Unterstützung nicht schmälern kann. Vom Tage der Mobilmachung der Armee bis zu deren Demobilmachung und ohne Rücksicht auf die Art der stattgehabten Verwendung der Truppen muß vielmehr in der angegebenen Ausdehnung der Anspruch auf Unterstützung als vollständig gerechtfertigt betrachtet werden.

Der Präsident theilt darauf mit, daß zu der vorstehenden Resolution vom Herrn v. Senden ein Zusatzantrag eingegangen sei, dahin lautend: „gegen die Staatsregierung die Erwartung auszusprechen, daß, wenn sie dem in der Resolution ausgesprochenen Wunsche nicht entsprechen kann, sie in der nächsten Session eine dahin lautende Deklaration zum §. 5. des Gesetzes vorlegen möge.“

Der Antrag wird hienach unterstellt.

Es wird die Generaldiskussion eröffnet und sofort wieder geschlossen, da sich Niemand zum Wort meldet.

Das Gesetz wird sodann in den einzelnen Paragraphen nach einigen kurzen Bemerkungen des Berichterstatters, und sodann das ganze Gesetz einstimmig angenommen.

Es wird nunmehr die Debatte über die Resolution eröffnet.

Der Referent empfiehlt dieselbe mit einigen Worten, Herr v. Senden seinen Zusatzantrag.

Kriegsminister v. Koon: M. H.! Zunächst habe ich die angenehme Pflicht zu erfüllen, dem hohen Hause den Dank der Regierung und der Armee auszusprechen für die eben gefassten Beschlüsse. Auf eine Bemerkung des Herrn Berichterstatters muß ich jedoch erwidern, daß es den Intentionen der kaiserlichen Staatsregierung in keiner Weise entspricht, die gesetzgebende Rechte dieses Hauses auch nur dem Scheine nach zu beeinträchtigen; die Regierung hat so etwas nie beabsichtigt, und wenn es nach den Anschauungen einzelner Herren wirklich diesen Anschein genommen haben sollte, so bemerke ich, daß die Regierung zur staatsmännischen Einsicht des Hauses so viel Vertrauen hatte, daß sie solche Missverständnisse für nicht möglich hielt; und zumal wie ich meinerseits hier hineingezogen worden bin, ist mir ganz unbegreiflich.

Was nun die Resolution betrifft, so könnte es gewiss der Regierung und speziell meinem Ressort nur erwünscht sein, die Erwartungen der Resolution erfüllen zu können; es hat dies aber keine eigentümlichen Schwierigkeiten, zumal mit Rücksicht auf die rückwärtige Kraft, die das Gesetz haben soll. Es wird nämlich äußerst schwierig für die Militärverwaltung sein, alle Ansprüche zu konstatieren und auf das berechnete Maß zurückzuführen. Diese Schwierigkeiten würden in vielen Fällen dahin führen, daß mehr Papier über die Sache vertrieben wird, als die Sache werth ist. Die finanziellen Schwierigkeiten würden sich schließlich überwinden lassen, aber das Konstatieren der Ansprüche ist äußerst schwierig und in vielen Fällen unmöglich, und man würde dabei schließlich zu dem Auskunftsmittel kommen, nur Billigkeitsrücksichten gelten zu lassen; das dies aber nicht ohne einen gewissen Grund von Willkür geschehen kann, ist wohl klar. Eine unbedingte Erfüllung des in der Resolution dargelegten Wunsches ist also wohl nicht möglich. Jedenfalls bin ich Willens die Sache reichlich zu erwägen und den Wünschen des Hauses nach Möglichkeit nachzukommen.

Referent Graf v. d. Gröben-Bonarien: Es hat mir fern gelegen, der Regierung Intentionen unterzuschreiben; was ich gesagt habe, sind Thatsachen.

Graf zu Eulenburg befürwortet darauf die Resolution, Hr. v. Senden zieht sein Amendement in Folge der Erklärung des Kriegsministers zurück.

Herr v. Reitz-Negow hält es aufrecht.

Nach einigen kurzen Bemerkungen der Herren v. Senden, Graf Wittberg und des Berichterstatters wird zur Abstimmung geschritten und die Resolution mit dem Amendement des Herrn v. Senden angenommen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Matrifel-Kommission. Sämtliche Angelegenheiten werden nach den Anträgen der Kommission erledigt, nur die Angelegenheit des Grafen Hugo Wendel v. Donnermarck auf Schloß Nafel wird auf den Antrag des Herrn v. Bernuth an die Matrifel-Kommission zur Berichterstattung zurückgewiesen, da dieselbe durch ihren Beschluß, dem Grafen Wendel zur Zeit den Eintritt in das Haus nicht zu gestatten, ihre Befugnis überschritten habe.

Der dritte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Petitions-Kommission.

Nach den Anträgen der Kommission werden die Petitionen um baldige Herstellung der Ober-Regulierung, um Aufhebung des Lebensverbandes in Kommern, und um Abschaffung des Landbriefbettelgeldes der Regierung zur Berücksichtigung resp. Erwägung überwiesen; über die übrigen zur Tagesordnung übergegangen.

Bei der Petition um Aufhebung des Lebensverbandes erklärte der Justiz-Minister, daß in der nächsten Session ein dahin zielender Gesetzentwurf vorgelegt werden würde.

Schluß der Sitzung 2 Uhr; nächste Sitzung: wahrscheinlich Mittwoch 12 Uhr.

Haus der Abgeordneten.

(21. Sitzung vom 24. September.)

Eröffnung 10¹/₂ Uhr. — Die Tribünen sind überfüllt. Am Ministerisch: die Minister Graf v. Ikenburg, v. Selchow, v. d. Gendy und die Regierungskommission. Geh. Rath v. Wolff, Meinecke, Wille, Wolm, Hammer.

Die Abg. Kothler und v. Solff sind in das Haus eingetreten. Von dem Oberbürgermeister Hammer in Düsseldorf ist eine Berichterstattung des durch den Abg. v. Vinde-Odenort neulich angelegenen Artikels der „N. A. Ztg.“ betreffend den Empfang der Truppen, eingegangen. — Der Präsident theilt mit, daß der Abg. v. Vinde-Odenort in Folge der Wiederlegung durch den Abg. Grooten sich das Wort vor der Tagesordnung erbeten, er ihm dasselbe aber nicht ertheilt habe, da der betreffende Artikel der „N. A. Ztg.“ im Hause gar nicht verlesen, sondern nur angedeutet worden und es nicht wünschenswerth sei, die Sache so weit auszulassen. (Bravo rechts.)

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Kommission für Finanzen und Handel, betreffend den Verkauf der Westfälischen Staatseisenbahn an die Bergisch-Märkische Eisenbahngesellschaft.

Sie tragen mit allen gegen 4 Stimmen darauf an, dem Gesetzentwurfe Zustimmung zu ertheilen.

Von den Abgeordneten Dr. Hammacher, Elven, Berger (Solingen), Dr. Becker ist der Abänderungsantrag gestellt worden: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die k. Staatsregierung aufzufordern, der Landesvertretung einen Plan über die beabsichtigte Veränderung von Staats-Eisenbahnen vorzulegen, bis dahin aber den Verkauf einzelner Eisenbahnstrecken auszusagen.“

Der Antrag wird aus den Reihen der Fortschrittspartei und des Centrums ausreißend unterstellt.

Abg. Hammacher (gegen den Antrag): Wäre das in der Vorlage hervorgehobene Motiv der akuten Nothwendigkeit der Geldbeschaffung für bestimmte Zwecke nicht dormalen in Wegfall gekommen, so würde mein Ge-

wissen beunruhigt sein, ob ich meine aus den Thatsachen entnommenen Bedenken gegen den Vertrag hier zum Austrag bringen dürfte, denn ich bin entschlossen, die Regierung im Gebiete des Finanzwesens zu unterstützen. Mich leitet ferner nicht die Vorliebe für Staatsbahnen, obwohl ich ihre wohlthätige Wirkung für einzelne Landestheile und die Reform des gesamten Eisenbahnwesens anerkenne. Der Verkauf der Staatsbahnen verdankt wir die Einführung der vierten Wagenklasse, die Verallgemeinerung des Bismarcktarifs für Erzeugnisse der Landwirtschaft, für Roheisen und Eisengabritate. Ich erinnere an das Verdienst der herzoglich braunschweigischen Verwaltung um den rationalen Aufschwung, an das Verdienst des belgischen Staatsbahnwesens um die Tarifreformen für Personen, die im verflochtenen Jahre vollzogen sind. Gleichwohl erscheinen mir die wirtschaftlichen, rechtlichen und moralischen Bedenken gegen das Staatsbahnwesen als die durchschlagenden und entscheidenden, so daß ich das preussische Volk und Abgeordnetenhaus dazu beglückwünschen kann, wenn die Regierung jetzt auf dem Wege ist, die Staatsbahnen, die ihrem Zwecke gedient haben, wieder Privatbänden zu übergeben. Ich bin also nicht gegen den Verkauf der Westfälischen Staatseisenbahn, weil sie in die Hände einer Privatgesellschaft übergeben soll, möchte aber darauf aufmerksam machen, daß sich auch die Bergisch-Märkische in der Verwaltung des Staates befindet. Der jeweilige Handelsminister ist der oberste Chef des Privatwesens, welches man Bergisch-Märkische Eisenbahngesellschaft nennt. Dieser Verkauf heißt also nicht die Schäden, deren Heilung wir von dem Lebergang einer Staatsbahn in Privatbände erwarten. Nichts ist natürlicher, als daß bei einer solchen Gestaltung das Vertrauen zu der Objektivität der Entscheidung der Verwaltungsbehörden bei konkurrierenden Interessen der unter Staatsverwaltung stehenden Staatsbahnen leidet. Die unter Staatsverwaltung stehenden Privatbahnen kommunizieren unmittelbar mit dem Handelsministerium, die unter Privatverwaltung stehenden erst durch das Medium des Eisenbahnkommissariats. Bei einer konkurrierenden Bewerbung um den Ausbau einer Strecke eines Steinföhrenreviers wurden die Bewerbungsgelüste der Privatgesellschaften der königlichen Direktion der Bergisch-Märkischen zur Begutachtung eingebracht, obwohl diese selbst in Mitbewerbung trat. (Hört! Hört!) Niemand, auch nicht der von mir hochverehrte Hr. Handelsminister beabsichtigt, daß das Recht auf diesem Gebiete leide und das Vertrauen auf die Objektivität in der Handhabung des Koncessionswesens schwinde. Ich will nur die für den Verkauf einer Staatsbahn im Voraus Eingenommenen dahin aufklären, daß sie ihre Erwartungen von dem Verkauf der Westfälischen an die Bergisch-Märkische getauft haben dürften. An sich habe ich nichts gegen diesen Verkauf, nur nicht jetzt und nicht unter Bedingungen, durch die das Interesse des Staates geschädigt wird.

Die Vertreter der Regierung haben nun allerdings erklärt, daß die Loyalität der Bergisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft, ein Entgegenkommen in so schwerer Zeit auch erfordere, daß man wiederum loyal gegen dieselbe verfare. Sehen wir uns aber einmal den Vertrag an, so werden wir bemerken, daß von einer solchen so hervorragenden Loyalität durchaus nichts zu bemerken ist. Es war allerdings eine Baarzahlung von 6 Millionen Thaler ausbedungen, in einem späteren §. aber gesagt, daß, wenn das Geld nicht zu beschaffen wäre, Obligationen dafür gegeben werden sollten.

Wir will es auch vorkommen, daß seit dem Frieden von Nikolsburg der Vertrag eine Aenderung erfahren hat; zu dieser Vermuthung bringt mich der im §. 8. vorbehaltene Rückfall der Strecke Meine-Döbnitz. Denn Ende Mai, als über den Vertrag verhandelt wurde, hat man doch wohl kaum schon an eine Vereinigung von Hannover mit Preußen gedacht. — An der Spitze der Deputation der Bergisch-Märkischen Eisenbahngesellschaft, die über den Kauf verhandelte, stand der Geh. Kommerzienrath Daniel v. d. Gendy. Von diesem kann man doch wohl annehmen, daß er sich lediglich von der pflichtmäßigen Wahrnehmung der Interessen der Gesellschaft, die er zu vertreten hatte, nicht aber von Loyalitäts-Rücksichten bestimmen ließ. — Durch die Erwerbung von Hannover und Kurhessen ist nun aber der Werth der betr. Bahnstrecke bedeutend gestiegen. So wesentliche Aenderungen in den Verhältnissen machen für die Landesvertretung, die die finanziellen Interessen des Landes zu wahren hat, die Rücksichtnahme auf die Loyalität der Berg.-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft zur Unmöglichkeit. Die Kaufbedingungen sind sehr günstig für den Käufer, nicht aber für den Verkäufer, den preussischen Staat. Durch die Veseitigung der der Verlebensentwicklung so hemmend gewesenen Kleinstaaterei ist ein ganz neuer Wendepunkt für die Bahnstrecke eingetreten. — Ich kann deshalb zur Zeit unmöglich für den Verkauf stimmen und bitte Sie, den von mir mitunterzeichneten Abänderungsantrag anzunehmen. (Beifall links.)

Abg. Heise (für den Antrag). Ich werde für die Regierungsvorlage stimmen, und zwar hauptsächlich aus Rücksichten der Loyalität. Die Staatsregierung darf von dem, was sie in schweren Zeiten von der Gesellschaft erlangt hat, jetzt in für sie günstigen Zeiten nicht zurücktreten. Eine derartige Loyalität verlangt man von einem Privatmann, um so mehr vom Staate. Dazu kommt, daß es sich hier um die Veräußerung einer Staatsbahn handelt, daß der Staat hier noch immer seinen Einfluß behält, da er ja die Aufsicht über die bergisch-märkische Eisenbahn hat, was ich für einen wesentlichen Vortheil halte. Aber vor Allem liegt dieser Verkauf im Interesse der ganzen Industrie durch die Herstellung eines großen einheitlichen Bahnnetzes. Der Herr Vorredner hat ausgeführt, daß er bloß für jetzt gegen den Verkauf sei, weil sich die Entwicklung der Bahn noch nicht übersehen lasse, und hat ein großes Gewicht auf den Ausbau der anderen Bahnen gelegt. Inzwischen ist ja aber auch ein anderes Projekt aufgetaucht, das der Westfälischen Bahn sehr viel Abbruch thun wird, das ist die Berlin-Deutsche Bahn. Die Aussichten der westfälischen Bahn können daher als glänzende kaum bezeichnet werden. Dazu kommen die ungünstigen Gebietsverhältnisse sowie der Umstand, daß sich der Verkehr auf der Westfälischen Bahn, wegen der sie von allen Seiten umgebenen Konkurrenz, sich nur nach einer Seite hin erstreckt. Die Bahn wird ferner, wenn sie in den Händen des Staates bleibt, in der nächsten Zeit sehr viel Geld erfordern. Meine Herren, ich bin selber 6 Jahre lang Direktor der Westfälischen Bahn gewesen und kenne daher die in Frage kommenden Verhältnisse ziemlich genau. Es wird ein zweiter Schienenweg gebaut werden müssen, die Bahnhöfe müssen erweitert werden, und alles dieses, da die Staatsbahnen keinen Erneuerungsfonds besitzen, aus Staatsmitteln. Daraus geht hervor, daß, wenn auch für den Augenblick die Rente von 3¹/₂ Prozent nicht als eine erhebliche erscheint, sie doch mit Rücksicht auf den in nächster Zukunft nöthigen Mehraufwand als eine genügende angesehen werden muß.

Von den Abg. Michaelis und Reichenheim wird folgender Antrag eingebracht: „Das Haus wolle beschließen, die Erwartung auszusprechen, die kaiserliche Staatsregierung werde baldmöglichst die bestehenden Verträge über staatliche Verwaltung von Privatbahnen lösen und die Privatbahnen ihrer eigenen Verwaltung zurückgeben.“

Abg. v. Kirchmann (gegen den Kommissions-Antrag): Wenn man das Geschäftsleben und die Geschäftsstockung im Monat Mai ins Auge faßt, so muß man schon im Allgemeinen zu dem Schluß kommen, daß die Regierung damals nur ungünstige Verträge hat abschließen können. Und das läßt sich denn auch in den einzelnen Bestimmungen des vorliegenden Kontrakts erkennen. Die Regierung bekommt, wenn die Gesellschaft nicht will, keinen Groschen Geld. Das Ziel, welches die Staatsregierung verfolgte, nämlich die Erlangung von baar Geld, konnte nur erreicht werden durch das Opfer des halben Werthes der Bahn. Alle diese Betrachtungen lassen dies Geschäft als ein für Kriegs- wie Friedenszeiten sehr nachtheiliges erscheinen, um so mehr, als in den letzten Jahren sich die Einnahmen bei Weitem besser gestellt haben, als früher. Und wenn ich jetzt von Seiten der Regierung höre, wie wenig rentabel diese Bahn sei und sein werde, so frage ich mich, wie es möglich, daß die Regierung diese Bahn, die sie jetzt für so werthlos erklärt, überhaupt erbaut hat. Um mich darüber zu informieren, habe ich mich in den Motiven ausgelesen, mit denen die Regierung damals den Bau der verschiedenen Bahnstrecken begleitet hat und habe darin gefunden, daß selbst der Herr Finanzminister damals von seinen heutigen sehr verschiedenen Ansichten über die Rentabilität der Bahn gehabt. (Nodner verliest verschiedene bezügliche Aeusserungen.) Das ist Alles das Gegentheil von dem, was heute behauptet wird. Es wird so viel von der Loyalität der bergisch-märkischen Eisenbahn gesprochen; aber wenn dieselbe die Staatsbahn übernimmt für drei Viertel ihres Werthes und diesen Werth in Obligationen bezahlt, so weiß ich wahrhaftig nicht, wo da die Loyalität steckt, und kann ich daher auch durchaus nicht anerkennen, daß wir moralisch und rechtlich verpflichtet sind, an dem Vertrage festzuhalten. Wir sind ja der Ansicht, daß die Staatsbahnen womöglich alle aus dem Staatsbesitz in den Privatbesitz übergehen müssen, aber das schließt doch nicht ein, daß man sie nun à tout prix löschlägt.

Regierungs-Kommissar v. Wolff: Die Gegner des Vertrages führen die auf politischem Gebiete vorgegangenen Veränderungen als ein Moment an, welches gegen die Genehmigung des Vertrages spreche. Aber gerade mit diesen politischen Veränderungen, meine ich, ist eine doppelte Veranlas-

sung gegeben, zur Veräußerung dieser Staatseisenbahn zu schreiten. Der Herr Abg. Hammacher hat an Ostfriesland erinnert; diese Provinz ist sehr verarmt, ihr früher bedeutender Handel ist ein ganz unbedeutender geworden. Ein Mittel nun, denselben wieder aufzubeben, ist es gerade, der Bergisch-Märkischen Eisenbahn Interesse daran zu geben; ein solches hat bisher weder diese noch die Köln-Mindener daran, während es im Gegentheil letzterer daran lag, die Transporte statt nach Emden nach Hamburg und Bremen oder den Niederlanden zu führen. Wir haben Ostfriesland mit Freuden ausgenommen in den preussischen Staat, wollen Sie dahin wirken, daß dies Land wieder zu der Blüthe gelangt, die es früher unter der altpreussischen Herrschaft gehabt, so haben Sie alle Veranlassung, dem Antrage der Regierung Ihre Zustimmung zu ertheilen. Die Gesellschaft hat den vollen Werth der Rente gegeben, wenn man die in nächster Zeit erforderlichen Betriebs-Ausgaben in Rechnung zieht. Die vom Herrn Vorredner verlesenen früheren Aeusserungen von Vertretern der Regierung, betreffend die Westfälische Eisenbahn, können den Gegnern des Vertrags keine Motive zu ihrer heutigen Abstimmung geben. Es ist richtig, daß die Regierung damals jene Hoffnungen hegte, aber gerade die gegenwärtige Vorlage beweist, daß diese Hoffnungen sich nicht realisiert haben.

Handelsminister Graf Ikenburg: Meine Herren! Ich will mir erlauben, mich über die Amendements auszusprechen, die erst heute verlesen und unterstellt worden sind. Es ist gesagt worden, die Regierung möge einen Plan über die beabsichtigten Veränderungen der Staatseisenbahnen vorlegen. Ich glaube, daß das System, das wir gegenwärtig haben, gerade das richtige ist, daß wir selbstverwaltend, kontrollierend, ordnend, die Konkurrenz jeder Art mit einander unterstügen. Es entwickelt sich daraus eine dem Publikum und dem Handel nützliche Rivalität. Die Staatseisenbahnen haben, abgesehen davon, daß der Staat kein schlechtes Geschäft mit ihnen macht, auch mannigfache Vortheile für das Publikum. Wenn z. B. irgendwo ein Artikel zu hoch taxiert ist, so wird bei den Staatseisenbahnen die Heruntersetzung des Tarifs befohlen, und dann können vor der öffentlichen Meinung die Privatseisenbahnen nicht umhin, ihn gleichfalls herunterzusetzen, was unter andern Umständen nicht geschehen würde. Oder wenn Nothstände in einer Provinz eintreten, so wird der Transportpreis für die betreffende Waare bei den Staatsbahnen heruntergesetzt, und die andern Eisenbahnen müssen dann folgen. Also die Staatsbahnen haben wirklich für das Land ihr großes Gute. Umgekehrt wieder möchte man sagen, die Staatsbahnen passen nicht recht auf und sind lässig in manchen Verbesserungen. In dieser Beziehung sind dieselben wieder durch das gute Beispiel der Privatseisenbahnen gezwungen, dieselben auch einzuführen. Es läßt sich auch nicht sagen, es wäre das Allerschlechteste Staatsverwaltung bei einer Bahn, die einem Andern gehört. Das ist auch eben nur Theorie, während sich praktisch die Sache ganz anders stellt. Die bergisch-märkische Bahn z. B. bei der der Staat auch die Oberaufsicht hat, blüht sehr und dehnt sich immer weiter aus. Ich kann nur wünschen, daß wir bei dem, was wir jetzt haben, verbleiben. Ich habe der Entwicklung der Privatindustrie die allergrößte Freiheit gelassen, und halte auch das für notwendig, und ich wünsche nur, daß dies Haus und der Finanzminister mit einem Fonds bewilligen, wie er bei den Kaufseisen besteht, und der wie eine Rauberformel hier gewirkt hat. Dann werden wir dahin kommen, daß die Bahn vielleicht nicht mehr 12 bis 17 Prozent einbringt, aber daß das Publikum und das Land alle Wohlthaten derselben empfinden. Also ich will nicht sagen, daß nicht irgend eine Staatsbahn auch außer dieser verkauft werden könnte, aber das Prinzip, alle Staatsbahnen abzulassen, halte ich entschieden für ein Unrecht. Einer der Herren Vorredner hat gemeint, die Staatsregierung hätte bei Abschluß des vorliegenden Vertrages nicht an die Erwerbung Hannovers gedacht; nun, ich will mich darüber nicht näher ausprechen, es lag doch aber das bei glänzenden Erfolgen ziemlich nahe. Ein anderer Herr hat gesagt, wir schädigten jetzt die westfälische Bahn als sehr werthlos. Meine Herren, das ist Niemandem eingefallen, es ist nur gesagt worden, daß verschiedene andere Umstände eingetreten sind, die den erwarteten Gewinn verkleinern werden. Jedenfalls aber möchte ich doch bitten, auf die beiden erst heute eingelaufenen Amendements keine Rücksicht zu nehmen. Nach der Schlußnote läßt sich der Verkauf der Staatseisenbahnen nicht machen. Ich kann darüber nichts ansprechen, und am allerwenigsten gegenwärtig, wo ich 150 Meilen Staatseisenbahnen wieder zu bekommen habe. (Bravo rechts.) Ein Antrag auf Schluß der Generaldiskussion wird abgelehnt.

Es erhält nochmals das Wort der Handelsminister Graf Ikenburg. Ich habe meinen Worten noch Eines hinzuzufügen, indem ich auf die mehrfach ausgesprochene Loyalität der bergisch-märkischen Eisenbahn-Gesellschaft komme. Es ist gesagt worden, wenn jene Männer aus Loyalitätsrücksichten der Staatsregierung etwas zum Nachtheil ihrer Gesellschaft bewilligen hätten, so sei das von ihrem Standpunkte aus nicht zu rechtfertigen. Ja, das ist ein Fall wie der, wenn ein armer Mann den reichen um Geld bittet und dieser hat es dann in der Hand ihm das Geld zu dem Preise zu geben, wie viel es ihm selber kostet, oder dessen Noth zu benutzen, und von ihm einen höheren Preis zu verlangen. Das ist das Feld, auf dem sich mit voller Pflichttreue die Männer der bergisch-märkischen Eisenbahngesellschaft bewegen konnten, und — glauben Sie es mir als ehrlichem Manne — sich auch bewegt haben. Ich habe damals noch andere Verhandlungen geführt, und dabei den Unterschied zwischen loyalen und illoyalen Angeboten gemerkt. Allerdings wird durch die Bahn Verkeimung der Westfälischen Eisenbahn geübt, aber das ist enorm in die Sache doch nicht. Und der Staat würde außerdem auch nicht im Stande sein, den Vortheil so zu benutzen, wie es eine Privatgesellschaft im Stande ist. Es ist uns ferner der Rath ertheilt, das Stück der hannoverschen Bahn, das wir jetzt zu bekommen haben, mit zu verkaufen. Das wird vielleicht in der Zukunft geschehen. Wenn ich übrigens inzwischen finde, daß die Tarife auf der hannoverschen Westbahn unrichtig sind, so ändere ich sie, da habe ich Niemanden zu fragen, und außerdem habe ich immer gefunden, daß ich mit den Vertretern der bergisch-märkischen Bahn leichter zum Ziele gekommen bin, als mit manchen Andern. Nehmen Sie das Gesetz also an; es wäre sehr wenig einladend, wenn Sie den Verkauf der Staatseisenbahn zwar fordern, aber die Genehmigung dessen verweigern.

Abg. Michaelis (für den Antrag). Wir nehmen in der vorliegenden Frage eine seltsame Umkehrung der Auffassungen wahr: Die Linke widersteht einem ersten Schritt zur Veseitigung der Staatsbahnen und die Rechte unterstützt ihn. Der Abgeordnete v. Kirchmann hat a priori beweisen wollen, daß die Bahn, weil vor dem Kriege, zu billig verkauft sein müsse. Aber er hat außer Acht gelassen, daß sie für 12 Millionen baar und ungefähr 15 Millionen in Obligationen verkauft worden ist. Diese Differenz von 3 Millionen pro St. im Kaufschilling ist ein Wachstum desselben, welches die Differenz zwischen Kriegs- und Friedenskursen ausdrückt. Diese Obligationen sind Hypotheken nicht bloß auf die westfälische, sondern auf die gesamte bergisch-märkische Bahn. Es ist ferner auf die Herstellungskosten der Bahn im Vergleich zu dem Kaufschilling hingewiesen und dabei der Werth mit der Herstellungskosten verwechselt worden. Viele Dinge kosten mehr als sie werth sind. Die finanzielle Seite des Geschäfts mag von ungewissem Werthe sein, aber ich halte dafür, daß der Sperling in der Hand besser ist als die Taube auf dem Dache. Die Berechnung des Preises der Bahn zu 15 pro St. entspricht dem Marktpreise anderer Eisenbahneffekten derselben Rentabilität, ich geht noch über ihn hinaus. Die Zukunft der westfälischen Bahn mag unsicher sein, weil sie u. A. in eine Gebirgsbahn ausläuft. Aber die Gegner des Vertrages, die Mitglieder der Budgetkommission gewesen sind, werden mit mir zugeben, daß unser Einfluß auf die Einnahmen aus den Eisenbahnen gleich Null war, daß der Handelsminister durch Ersparungen oder Ausgaben, je nachdem es ihm paßt, die Einnahmen groß oder klein erscheinen lassen kann, und daß er die Macht hat, durch die Staatsbahnen einzelne Landestheile zu belohnen oder zu strafen. Wir haben es jetzt in der Hand, diesen Staat im Staate zu beseitigen, wenigstens den ersten Schritt zu seiner Zerbröckelung zu thun, und wer weiß, ob die Regierung nach Ablehnung des vorliegenden Vertrages übers Jahr einen neuen vorlegt. Seien Sie nicht bureaukratischer als der Handelsminister, nicht fiskalischer als der Finanzminister! Das Land und seine konstitutionelle Entwicklung wird es Ihnen danken, wenn Sie den ersten Schritt zur Disziplinierung der Staatsbahnen thun.

Abg. Elven (gegen den Antrag). Der Herr Vorredner wirft uns vor, daß wir uns selbst unterworfen geworden seien. Dem ist nicht so. Er hält seinerseits starr an den Konsequenzen seiner Theorie fest, während wir die faktische Seite des Geschäfts nicht vergessen. Ich bin wohl im Prinzip gegen Staatsbahnen, aber darum nicht für ihren Verkauf à tout prix. Durch die Erwerbung der baunöthigen und kurhessischen Bahnen ist der Charakter und Werth der westfälischen völlig verändert. Man mag die Omnipotenz des Staates über die Eisenbahnen nicht wollen, aber man darf das Herz der großen, bis an's Meer gehenden Bahn nicht herausreißen, um es in Privat-

(Fortsetzung in der Beilage)

bände und zwar in solche zu legen, die im Voraus Konkurrenz gegen das neue Projekt machen. In einer Konferenz der westphälischen Abgeordneten war auch nicht eine Stimme für den Vertrag; selbst diejenigen verwarfen ihn, die ihn früher genehmigen wollten. (Beifall links.)

Die Generaldiskussion wird nach einigen Bemerkungen des Referenten Hofmann geschlossen. Es folgt die Spezialdiskussion über §. 1., welcher die Ermächtigung für den Handelsminister enthält: das volle Eigentum der westphälischen Staatsbahn der bergisch-märkischen zu übertragen.

Abg. Michaelis verweist sich gegen den Vorwurf, den Verkauf einer Staatsbahn a tout prix empfohlen zu haben. Die Beipredung der westphälischen Abgeordneten sei ein Vorgang, der außerhalb der Beratungen dieses Hauses falle. Er selbst sei Westphale und liebe seine Heimath, könne aber seine Landsleute nicht von dem Vorwurf freisprechen, daß sie das Wesen der „kleinen Stadt“ darstellten.

Abg. Berger (Solingen) weist durch zwei Karten, die er dem Hause vorlegt, den veränderten Charakter der westphälischen Staatsbahn vor und nach dem Kriege nach, schildert die Chancen derselben für die Zukunft und spricht die Besorgnis aus, daß die Aussicht für den südlichen Theil der Provinz, des sogenannten Herzogthums Westphalen, die gewünschten Eisenbahnen zu bekommen nach Genehmigung des Vertrages weit schwinden werde. Reg.-Kommissar v. Wolff berichtigt ihn darüber.

Abg. Dr. Becker kritisiert die bisherige Verwaltung der Westphälischen Bahn, die in den Jahren 1856—64 ihre Personenzüge vermindert und ihre Güterwagen von 736 nur bis auf 838 vermehrt habe. Nicht das nöthigste Material sei angeschafft. Man habe nach der Rede des Herrn Handelsministers alles Grund den im Publikum und in der Presse verbreiteten Gerichten Glauben zu schenken, daß weitere Verläufe von Staatsbahnen, so der Nassauischen an die Rheineifel, bevorstünden. Dies sei eine Monopolisierung der bedenklichsten Art, welche an die Vorgänge eines Nachbarnstaates und die dort herrschende Korruption erinnere.

Handelsminister Graf v. Arnim: Ich habe das Gegentheil von dem gesagt, was der Herr Redner mich sagen läßt. Was seine Infimationen betrifft, so kommt sie noch nicht dem Gleichmuth gleich, mit dem ich sie angehört.

Abg. v. Binde greift den Vertrag ebenfalls heftig an und hofft, daß die Regierung, die ihn pflichtgemäß vorgelegt habe, trotz sein und dem Hause danken werde, wenn sie durch sein Votum von ihm befreit würde.

Abg. v. Harfort ist auf der Tribüne leider ganz unverständlich. Die Debatte ist geschlossen; es erfolgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Michaelis konstatirt gegenüber einer Aeußerung des Abg. Binde, daß er von der Provinz Westphalen nicht als einem Kleinstaat, sondern einer kleinen Stadt gesprochen und dabei die genaue gegenseitige Kenntniß der lokalen Verhältnisse im Auge gehabt habe.

Abg. Dr. Becker verweist sich dagegen, daß es eine Infimation gewesen, als er bemerkt habe, daß das Gerücht von einer Veräußerung der Nassauischen Staatsbahn nicht widerlegt worden sei durch die heutigen Aeußerungen des Handelsministers. Er citirt zum Beweise dafür die Stelle aus dessen Rede, welche darauf hinweist, daß auch von den neu erworbenen Bahnen die eine oder die andere verkauft werden könne.

Abg. Freie protestirt gegen den Vorwurf, welchen der Abgeordnete Becker gegen die schlechte Direction der westphälischen Staatsbahn ausgesprochen. Er selbst sei Mitglied derselben gewesen und deshalb zur Abwehr berechtigt. Er führt aus, warum sein neuer Personenzug angeschafft worden und die Güterwagen nur eine sehr geringe Vermehrung erfahren, und schließt mit der Bemerkung, daß der Abgeordnete Becker mithin nur ein persönliches Uebel ausgesprochen, auf welches er seinerseits sehr geringes Gewicht lege. Nach einer kurzen Entgegnung Beckers geht man zur Abstimmung über §. 1. über.

Für denselben erhebt sich nur ein Theil der Konserverativen, die Abg. Graf Schwerin und Gynern, dagegen die gesamte Linke, das Centrum, so wie die äußerste Rechte, mit der letzteren auch der Abg. v. Bodelschwingh. §. 1. ist abgelehnt.

Präsident v. Forckenbeck. Nach dem Ausfall der Abstimmung vermute ich, daß die Regierung kein Interesse an der Fortführung der Debatte hat. Der Handelsminister bestätigt das, indem er hinzufügt, daß die Regierung ihre Vorlage nicht zurückziehe, sondern als abgelehnt betrachte. Die Resolution Sammler, für die sich nur ein Theil der Linken erhebt, wird abgelehnt; die Resolution Michaelis zurückgezogen. — Die Minister v. Roon und Graf zu Eulenburg treten ein.

Der Präsident will zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, dem Gesetzentwurf, betreffend den außerordentlichen Gelddruck der Militär- und Marine-Verwaltung, übergehen. Es wird Vertheilung verlangt, doch stimmt für dieselbe nur eine Minorität. Man geht an die Feststellung der Rednerliste. Einige 20 Redner aller Fraktionen haben sich gegen die Kommissions-Anträge eingetragen lassen. Der erste derselben, nachdem der Berichterstatter Abg. Pagen auf das Wort verzichtet, ist

Abg. v. Harfort. Es sind bereits viele Fragen, bei denen sich die Parteien schroff gegenübergestellt, durch ein gewisses patriotisches Nachgeben gelöst worden, und dies wird hoffentlich auch bei dieser Vorlage der Fall sein. Es ist ein gutes Zeugnis für diejenigen Theile der liberalen und konservativen Parteien, daß sie ihren besonderen Standpunkten großen nationalen Zielen der Regierung unterordnen. Wozu sollten wir jetzt dem Finanzminister gegenüber feilschen und markten? Was sind 30 oder 60 Millionen gegenüber den großartigen Erfolgen und den noch ungelösten Aufgaben unserer auswärtigen Politik. Man weist auf die volkswirtschaftlichen Nachteile des Staatsschatzes hin, aber können nicht Fälle vorkommen, wo es der Regierung selbst bei den größten Opfern unmöglich ist, eine Anleihe zu effectuiren? Ich halte allerdings die finanziellen Bedenken für nur vorgeschoben, um die politischen zu verdecken. Ein großer Theil des Hauses begt noch immer ein Mißtrauen gegen die Staatsregierung, man meint, sie werde diesen großen Kredit zur Unterdrückung der verfassungsmäßigen Freiheiten, zur Entwicklung des Cafarsmus mißbrauchen. Dies Mißtrauen läßt sich schwer mit der Annahme der Adresse, mit der Ertheilung der Indemnität, mit der Bewilligung des Kredites von 164 Millionen, mit der Anerkennung der vollbrachten Leistungen vereinen. Es sind in diesem Hause Viele, welche vor Ausbruch des Krieges für die bekannten Friedensresolutionen gewirkt haben, tragen Sie jetzt die Friedensbedürfnisse Rechnung; mit der Annahme der Regierungsvorlage votiren Sie eine Friedens-Adresse an das Ausland. (Bravo rechts.)

Es werden darauf die beiden von den Abg. Thewissen und Michaelis-Roepell eingebrachten Abänderungs-Anträge, deren Wortlaut wir bereits gebracht haben, genügend unterstützt.

Abg. Reichensperger (für den Kommissionsantrag): Die Gründe, die mich bewegen, die Regierungsvorlage abzulehnen, sind hauptsächlich politischer Natur. So lange, bis die Regierung nicht in verfassungsmäßige Bahnen eingelenkt ist, kann ich ihr einen solchen Kredit nicht bewilligen. Gerade die Erklärung des Finanzministers in der Kommission, daß die Regierung selbst gegen das Votum der Kammer sich das Geld verschaffen werde, belastet mich darin. Die Regierung muß das Votum der Kammer respektiren. Die einzig mögliche Definition einer verfassungsmäßigen Regierung ist, daß die Regierung einleibt, daß ihre Intentionen nicht allein maßgebend sind, auf dem eingeschlagenen Wege ihre Ziele zu verfolgen, sondern daß sie sich selbst in die Fesseln der Verfassung binden, die sie indeß trotzdem fort, so wird es sich selbst unmöglich machen, die Staatsgeschäfte weiter zu führen. Die Motive des Amendements Thewissen begreifen ich nicht. Die Hauptfache ist, daß wir auf dem Rechtshoden stehen bleiben, in der Wahrung des verfassungsmäßigen Rechtes sehe ich die einzige Möglichkeit, in Zukunft in geordnete Zustände hineinzukommen. — Die Sprache, welche die Staatsregierung jetzt gegen uns führt, ist die Sprache eines Siegers gegen Besiegte; als b. liegt aber kann ich das preussische Volk, das noch vor wenigen Tagen große Siegesfeste gefeiert, ebenso wenig anerkennen, als seine Vertreter. (Bravo links, Widerspruch rechts.) Noch in einer der letzten Sessionen hat ein Abgeordneter von jener Seite den Antrag mitunterstützt, eine Adresse an Se. Majestät den König zu richten, um denselben zu bitten, daß er die Initiative zur Lösung des Verfassungskonflikts ergreifen möge. Heute scheint jener Herr wieder anderer Ansicht zu sein. Sei dem, wie ihm wolle, daß Abgeordnetenhaus kann nur stimmen auf Grund der bestehenden Verfassung, und hiernach kann ich lebhaft den Kommissionsantrag annehmen. (Bravo links, Bisphen rechts.)

Der Antrag auf Vertheilung wird gestellt, aber abgelehnt.

Abg. Lafer (gegen den Kommissionsantrag): Das Votum Ihrer Kommission geht dahin, der Regierung nicht die Mittel zu bewilligen, die eine Bereitstellung zur Begegnung aller Eventualitäten erfordert. Der Hauptgegensatzpunkt ist jedenfalls die Frage des Staatsschatzes. Von einigen Seiten wird die Errichtung eines Staatsschatzes überhaupt gemißbilligt, von volkswirtschaftlichen Standpunkte aus, und nur geduldet getwisse aus politischen Rücksichten. Ich bin nicht dieser Ansicht, sondern halte die Füllung eines Staatsschatzes auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus für gerecht.

fertig. Alles, was man gegen die Bildung eines Staatsschatzes vorbringt, sind Vorurtheile, von der Privatwirtschaft übernommen. Die Ausgaben für den Krieg sind nun einmal nicht zu vermeiden, und die Frage kann nur die sein, wie sie am besten, schnellsten und billigsten aufzubringen sind. Kurz vor dem Ausbruch eines Krieges ist nun bekanntlich Geld nur sehr schwer und mit großen Opfern aufzubringen, so daß der Zinsverlust durch den Staatsschatz durchaus geringfügig hiergegen ist. — Ich muß mich aber ebenso gegen beide Amendements erklären, indem mir das von Thewissen nachtheilig vom national-ökonomischen Gesichtspunkte zu sein scheint, da man ja möglicherweise 1870 zu günstigeren Bedingungen Geld bekommen kann, als heute auf die von Herrn Thewissen vorgeschlagene Weise; die Grenzen, die das Amendement Michaelis-Roepell stellt, sind aber auch nicht annehmbar, da die aus-geworfene Summe für den Unterhalt der Armee in den ersten Monaten nicht ausreicht. — Wer also, meine Herren, die Ehre und den Vortheil unseres Landes im Auge hat, wird für die Regierungsvorlage stimmen. (Bravo rechts, Bisphen links.)

Der Antrag auf Vertheilung wird wiederum gestellt und angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Wagner: Der Abg. Reichensperger hat einen von mir unterstützten Antrag auf Erlass einer Adresse an Se. Majestät erwähnt. Ich will nur hier konstatiren, daß dieser mein Antrag über meine Erwartungen hinaus realisiert ist und daß die königliche Autorität so erklart ist (Der Präsident unterbricht den Redner, da er die Grenzen der persönlichen Bemerkung überschreitet).

Nach unweissentlichen Bemerkungen der Abgg. v. Kardorf und Reichensperger wird sodann die Sitzung um 3 1/2 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. T. D.: Fortsetzung der Debatte über das Kreditgesetz.

Lokales und Provinziales.

Posen, 25. Septbr. [Zur Amnestie; Grenzverkehr.] Eine Berliner Korrespondenz des „Dziennik poznański“ ruft uns in Erinnerung, daß außer den Herren Dzialsynski und Guttry noch zum Tode in contumaciam verurtheilt sind: Edmund Taczanowski, Stora-czewski und Ropycki. Dieselbe Korrespondenz berichtet über die Genesiß des königlichen Amnestie-Erlasses Folgendes: Bis zum 19. September, dem Tage vor der Publikation des Erlasses, habe Graf Bismarck beim Könige, der sich auf den Bericht des Justizministers stützte, nicht eine allgem. Amnestie durchzusetzen vermocht. Bei diesem Stande der Dinge habe Graf Bismarck schriftlich Se. Majestät den Kronprinzen beschworen, im letzten entscheidenden Augenblick für die uneingeschränkte Amnestie zu interveniren, und der Kronprinz habe in Gemeinschaft mit dem Herzog Ernst von Koburg seinen Einfluß dafür aufgebracht. Infolge davon sei in größter Eile der Erlass anders redigirt worden, und hierbei habe man der zum Tode Verurtheilten ganz vergessen. Der „Dziennik“ trägt selbst Bedenken, die volle Glaubwürdigkeit dieser Erzählung zu vertreten.

Nach demselben Blatte befindet sich augenblicklich kaum die Hälfte der polnischen Abgeordneten in Berlin. Ein Mitglied der polnischen Fraktion, Herr v. Waligorski, sammelt bekanntlich Materialien, betr. die Behandlung preussischer Unterthanen in Rußland seitens der dortigen Zoll- und Polizeibehörden. Es ist in der That unglaublich, bis zu welcher Höhe sich der Unwille der russischen Beamten gegen Preußen, welche die Grenze nach Polen passieren, gesteigert hat, und welchen Plackereien diese unterliegen. Das Unternehmen des Abg. v. W., das diesen unerträglichen Verhältnissen vielleicht ein Ende macht, verdient allseitige Unterstützung. Im Abgeordnetenhaus kann indeß wegen des baldigen Schlusses der Session die in dieser Beziehung beabsichtigte Interpellation nicht mehr gestellt werden.

[Cholera.] Am 23./24. September c. erkrankten im Civil 2, starb Keiner. Bestand am 24. September c. im Stadtlazareth 7, im Militärlazareth 9.

[Gränzübergang.] Ueber die Ueberschreitung der preussischen Gränze bei der Rückkehr unserer Heere in die Heimat wird uns folgende mittheilungswürdige Episode geschildert: „Mit welcher Sehnsucht, mit welchen freudigen Gefühlen näherten wir uns der geliebten heimatlichen Erde! Endlich am 4. Sept. c. überschritten wir — das 2. Leibhusaren-Regt. Nr. 2., voran die 2. Eskadron — die preussische Gränze bei dem Städtchen Gwin. Mit unbeschreiblichem Jubel begrüßten wir den preussischen Adler, den wieder zu sehen, nachdem unserer Kameraden, der hoffnungsvoll mit uns hinausgezogen, nicht beschieden war. Als die Eskadron die Gränze passirt hatte, ließ Major v. e. n. t., unser Führer, dieselbe aufmarschiren und richtete etwa folgende Worte an uns: „Es ist mir vollkommen erklärlich, daß Ihr mit so endlosem Jubel das geliebte Vaterland begrüßt; ich nehme mit vollem Herzen Antheil an Eurer Freude. Drängen wir aber für einen Augenblick die überströmende Freude zurück und denken wir derjenigen, die für das theure Vaterland geblutet, die auf dem Felde der Ehre gefallen, oder die von der Seuche dahin gerafft worden sind! Wie aber kann das auf würdige Weise geschehen, als daß wir für sie ein stilles Gebet zum Himmel entsenden.“ Und die Husaren nahmen ihre Helmzier ab und beteten. Darauf kommandirte der Major: „Stillgestanden! — Gewehr auf! — Achtung! Und nun Husaren wollen wir unserer Freude Ausdruck geben, unsern geliebten heiligen Vaterlande und unsern Könige ein dreimaliges Hoch bringen!“ Begeistert stimmten wir unter dem Geschnatter der Trompeten in dies Hoch ein. Ein gegen-seitiger stummer Händedruck erfolgte und über die gebräunte Wange so man-ches Kriegers fiel eine Thräne des Wohlgefühls und überwältigt von der Freude, hätten wir niedersinken und den heimatlichen Boden mit unsern Küssen bedecken mögen. Jetzt erkannten wir die Macht der Vaterlandsliebe.“

[Ein Schwerverwundeter.] Der Kaufmann Herr Dr. rano w o — ein Sohn des Tischlermeisters Herrn Dr. rano w o — von der 2ten Inf. Fuß-Batt. 5. Artillerie-Regiments, verlor gleich in der ersten Schlacht bei Nachod, das linke Bein, indem ihm eine Granate aus feindlichem Geschütz das Knie wegriss, weshalb das Bein noch auf dem Schlachtfelde über dem Knie amputirt werden mußte. Der Schwerverwundete wurde mit vielen anderen Unglücksgegnen in das Krankenhaus Bethanien nach Breslau transportirt, wo derselbe nach seiner eigenen Aussage eine ausgezeichnete Behandlung und Pflege genoß, unter der er denn, nachdem eine abermalige Amputation mit einem vorstehenden Beinnochen vorgenommen worden, auch in 7 Tagen so weit hergestellt war, daß er in seine Heimath reisen konnte, wo er Sonnabend anlangt, und sich Sonntag auf zwei Krücken gestützt, im Lambertischen Garten bewegte. Noch ist die Wunde nicht vollständig zugeheilt; wenn dies geschehen, so soll das amputirte Bein durch ein künstliches ersetzt werden.

Neustadt B. P., 23. Sept. 1866. [Siegesfeier; Schützenfest; Kartoffelernte.] Auch unsere Stadt wollte nicht ohne Siegesfeier bleiben und hatte heute ihr Festgewand angelegt: die Hauptstraßen waren mit Girlanden verziert und an denselben hingen Blumenkränze, welche ein verzerrtes „W. I.“ trugen. Um 9 Uhr versammelten sich die Schützen mit geschmückten Gewehren und um 9 1/2 Uhr zogen dieselben mit klingendem Spiel durch die bekränzten Straßen und stellten sich alsdann auf dem Marktplatz auf. Schützenkommandeur, Vätermeister Jahnke, ließ das Gewehr präsen-tiren und brachte zuvörderst Sr. Majestät dem Kaiserlichen, den Führern und der siegreichen Armee ein Hoch, in welches nicht nur die Schützen, sondern auch die zahlreich Versammelten jubelnd einstimmten. Hierauf marschirten die Schützen nach dem Schützenplatz, wo als Ersatz für das in diesem Jahre durch die kriegerischen Wirren ausgefallene Pfingstschießen ein Fest-schießen stattfand. Den besten Schuß hatte Schneidermeister Kozimowski, welcher als Schützenkönig proklamirt wurde. Abends 8 Uhr fand unter den Klängen des Dümpler Marsches und unter Begleitung der Schuljugend mit bunten Lampen und Fahnen der Einzug in die Stadt statt. Viele Häuser, namentlich am Markt, waren illumirt. Die Schützen marschirten wiederum durch die Hauptstraßen und alsdann auf den Markt. Nicht enden wollten hier die Hochs auf den geliebten Landesvater, den Kronprinzen, die übrigen Feldherren und die Armee, während die Schützen ihre Salven abfeuerten.

Demnächst stiegen bengalische Flammen und anderes Feuerwerk auf, und der Jubel endete erst in später Nacht. — Die Kartoffelernte ist in vollem Gange, bis jetzt ist das Resultat nicht sehr zu loben, indeß von einer Fäule bis jetzt keine Rede. — Das Geschäft in Hopfen ist noch immer träge; Verschlässe sind noch wenig vorgekommen, weshalb sich der Preis noch nicht feststellen läßt. Auswärtige Käufer sind vorläufig nur wenig eingetroffen.

Schroda, 23. Sept. [Pferdeverkauf; Cholera; hohes Alter.] Vorgestern wurden hier 36 bew. Kreise zurückgegebene Landwirthschafts-zu ziemlich billigen Preisen verkauft. Der höchste Preis war 106 Thlr., der niedrigste 30 Thlr. — Die Cholera herrscht hier selbst noch fort und bietet sich nun auch über die Ortschaften des flachen Landes aus. — Vorgestern starb hier selbst die Schmiedewittwe Waraczewska in dem hohen Alter von 108 Jahren an der Cholera. Sie war, ungeachtet ihres schon hohen Alters, noch sehr rüstig und hatte noch am Tage vor ihrem Tode ein Viertelkartoffeln in einem Sack auf ihrem Rücken vom Felde nach Hause getragen; dabei waren auch ihre Geisteskräfte ungeschwächt, und erkreute sie sich namentlich eines sehr guten Gedächtnisses.

Schmiegel, 22. September. [Versädet.] Als die Nachricht hierher gelangte, daß Truppen unseres ruhmgelohnten 5. Armeekorps auf ihrem Rückmarsche auch unsere Stadt berühren würden, beeilte sich sofort jeder, um die Sieger würdig zu empfangen und die Stadt zu schmücken. Dieselbe nahm in kürzester Zeit ein wahres Festgewand an; so prangte sie mit Ehrenportalen, Girlanden, Festons, Kränzen und Fahnen reich geschmückt. Die Eingänge zu den Straßen waren mit Fichtenbäumen eingefaßt und mannigfache Inschriften gaben Zeugniß von der Dankbarkeit und von der Anerkennung der großen Thaten. Bei ihrem Einrücken in die Stadt wurden die Truppen mit Kränzen und Bouquets geschmückt; als am Mont-age, den 17. d. M. zwei Brigade-Generale und eine Batterie vier Quartier nahmen, wurde die Stadt Abends festlich erleuchtet. Die Turner veranstalteten den Truppen zu Ehren einen Festzug mit Musik und bunten Laternen; sie begaben sich zunächst vor die Wohnung des General v. Tiedemann und brachten diesem nach Abführung eines patriotischen Liedes ein dreimaliges Hurrah. Der Herr General erschien sofort vor dem Hause und brachte ein Hoch aus auf Se. Majestät und sodann auf die Stadt Schmiegel, welcher er für die gastliche Aufnahme dankte. Als hierauf dem Herrn General von Wittich vor seiner Wohnung ein Hurrah gebracht wurde, ergriff auch dieser das Wort, setzte auseinander, daß in den patriotischen Gefühlen und Bestrebungen der Jugend die Gewähr dafür liege, daß diese, wenn es gilt, stets für das Vaterland seine Kräfte opfern würde und brachte auf die Jugend ein Hoch aus. — Herr General v. Tiedemann statete noch am folgenden Tage unserm Bürgermeister persönlich den Dank ab für die gute Aufnahme der hier einquartirten Truppen. Es sei ihm, bemerkte er, ein wohlthätiges Gefühl, nach einem in fremdem Lande unter großen Anstrengungen und Entbehrungen durchgemachten Kriege hier so viel Liebe und Anerkennung zu finden.

Schrimm, 20. Septbr. Gegern beging Herr Pastor Balde sein 25jähriges Amtsjubiläum im kleinen Kreise einiger Freunde. Von nah und fern waren dem Jubilar viele Gratulationschreiben und Gedichte, wie auch einige kleine passende Geschenke übersandt worden. Früh Morgens wurde ihm ein Gesangsständchen gebracht und im Laufe des Vormittags erfolgte die Gratulation der evangelischen Lehrer aus der Parochie, des Gemeindefürs-raths, mit einem werthvollen Geschenke und später einiger Freunde. Die kleine evangelische Gemeinde in Schrimm besteht erst seit 1841 und ist der Jubilar deren erster Prediger, für den Aller Herzen in Liebe und Dankbarkeit schlugen. Möge er in Kraft und Gesundheit wenigstens noch 25 Jahre fortwirken.

Wollstein, 18. September. [Missionssfest.] Der hier bestehende Missions-Hilfsverein beging heute in der festlich geschmückten evangelischen Kirche das jährliche Missionssfest. Bei demselben hielt nach einem einleitenden Gesange Herr Superintendent Gerlach von hier die X. Kurie, Dr. Hüls-prediger Weiser aus Frankfurt die Festpredigt über Lukas 5, 4., und Herr Prediger Weber aus Rastarzewo erstattete den Missionsbericht, worin derselbe sich namentlich über die Arbeiten der Missions-Gesellschaft in Berlin in Südafrika ausließ. Die Einnahme des Vereins vom 8. Septem-ber 1865 bis heute beträgt 156 Thlr. 28 Gr. 4 Pf., worunter die Kollekte am vorjährigen Missionssfest 18 Thlr. 15 Gr. 8 Pf., und von den Böglin-gen der Mädchenschule der hiesigen evangelischen Bürgerschule durch Sam-melbücher zusammengebracht 45 Thaler. Die Ausgabe beläuft sich auf 146 Thlr. 27 Gr. 7 Pf., worunter an die Missions-Gesellschaft gelangt 71 Thlr. 3 Gr. 9 Pf., und an Herrn Pastor Licht zu Wulkow bei Neu-Ruppin für „Hilfskräfte“ 45 Thlr. Es verbleibt demnach ein Bestand von 10 Thlr. 9 Pf. Beim Ausgange aus der Kirche wurde auch in diesem Jahre für den Verein kollektirt.

Bromberg, 21. September. [Statistisches; Selbstmord; Unglücksfall.] In dem heute ausgegebenen Programm des hiesigen k. Gymnasiums befindet sich eine Abhandlung des Oberlehrers Dr. Hoff-mann: „Montesquiers Esprit des Loix“. Unter den Schulnachrichten des Direktors Dr. Deimhardt zeigt dieser unter Anderem an, daß eine große Zahl ehemaliger Böglinge des Bromberger Gymnasiums als Officiere an dem Feldzuge theilgenommen und einige von den „treflichsten“ derselben in dem Kriege ihren Tod gefunden haben, sie sind: Hans v. Walzbahn, Axel Will-mann, Heinrich v. Buddenbrock und Viktor Quasnowski. „Störender als der Krieg“, heißt es dann weiter, „war für die Entwicklung unseres Schul-lebens das Auftreten der Cholera. Diese Seuche hat auch in unserer Stadt viele Opfer gefordert, und war eine Zeit lang so heftig, daß die vorge-setzten Behörden sich veranlaßt fanden, die vierwöchentlichen Sommerferien um 14 Tage zu verlängern. Auch als die Schule am 16. August wieder eröffnet wurde, hielten viele auswärtige Eltern, da die Krankheit noch immer nicht ganz verschwunden war (erst gestern sind hier wieder einige Cholerafälle vor-gekommen), gewiß aus alzu großer Anglichkeit, ihre Söhne vom Schul-befuche zurück. Am dem Morgen, wo der Unterricht wieder anfieng, fehlten fast ausschließlich aus diesem Grunde in den 14 Klassen der Anstalt nicht weniger als 80 Schüler und auch acht Tage nachher waren noch nicht alle wieder zusammengekommen. Die Anstalt d. h. das Gymnasium selbst wurde im Laufe des verfloffenen Schuljahres besucht von im Ganzen 432 Schülern und zwar 345 Evangelischen, 37 Katholiken und 50 Juden. Der Nationalität nach waren 416 Deutsche und 16 Polen. Einheimische zählte die Anstalt 258, Auswärtige 174. Freischüler waren im Ganzen 57, halb freie Schule hatten 7 Schüler. Die am stärksten besuchten Klassen waren: Tertia Coet. B. mit 52, Tertia Coet. A. mit 49 und Sexta Coet. A. mit 47 Schülern; die schwächste Klasse war Prima mit 21 Schülern. In den drei Klassen der Vorschule befanden sich im Ganzen 134 Schüler und zwar 95 Evangelische, 14 Katholiken und 25 Juden. Deutsche waren davon 126, Polen 8. Ein-beimische 119, Auswärtige 15. Freie Schule genossen in der Vorschule 17, halbe freie Schule 1 Schüler. Die Anstalt frequentirten im Ganzen hier-nach 566 Schüler. Abiturienten hatte das Gymnasium diesmal 4, welche am 24. d. M. feierlich entlassen wurden. Von diesen Abiturienten wollen 2 Medizin und 1 Jurisprudenz studiren; 1 will sich der Landwirthschaft widmen.

Gestern erkrankte sich der hiesige Schneidermeister und Kaufmann K., weil er eine Strafe von drei Monaten Gefängnis verbüßen sollte. Heute ist, wie ich höre, auch für den Verstorbenen die Amnestie eingetroffen.

Am Montage spielte das fünfjährige Kind des Mühlenbesizers Van der Gb in Klein-Vartheise; unvorsichtiger Weise kam es einem Windmühlen-sägel zu nahe, wurde von demselben getroffen und erschlagen. Umwäh-rungen bei Windmühlen dürften zur Verhütung ähnlicher Unglücksfälle sehr wünschenswerth sein.

Die Hoff'schen Malzfabrikate,

vorzugsweise das Hoff'sche Malzextrakt-Gesundheitsbier und die Hoff'sche Malz-Gesundheits-Chocolade, zeigen ihren ungemein großen sanitätischen Werth in desto höherem Maße, je mehr die Krankheiten zunehmen. Die Verwendung derselben in den Lazarethen und das noch immer wachsende Be-dürfnis ist bekannt genug. Der Oberstabsarzt Hr. Dr. Meinelde im Gar-nison- und Reserve-Lazareth zu Breslau sagt: „Das Hoff'sche Malzextrakt-Gesundheitsbier hat seine weltberühmten Wirkungen auch hier wieder bewährt. Als Säfte verbesserndes, erquickendes und nährendes Mittel ist es sehr hochzuachten; bei fortbestehenden Kränkungen, profusen Eiterungen, Säfte-verlusten zc. den meisten anderen Mitteln vorzuziehen, zumal es von den Kranken sehr gern genossen wird.“ Ebenso wird auch die Hoff'sche Malz-Gesundheits-Chocolade begehrt. — Berechnen wir damit die Erklä-rung der Primar-Arzte des Hauptspitals zu Bologna, welche zur öffent-lichen Kenntniß gebracht worden ist; sie lautet:

Die unterzeichneten Primar-Aerzte des Hauptspitals — nachdem sie die Wirkungen des Hoff'schen Malzextrakt-Gesundheitsbieres sowohl im genannten Krankenhanse als in ihrer Privatpraxis durch längere Zeit beobachtet haben, — finden zu erklären, daß dieses heilsame Wohlgeschmack wegen den Kranken willkommene Getränk gute Erfolge hervorgebracht hat, daß es in großem Maßstabe nützlich ist und daß es daher als ein wichtiges Heilmittel die höchste Beachtung verdient.
(L. S.) Die Ober-Intendantur
Dr. **Ferdinando Veradini.** Dr. **Pietro Belletti.**

(Alle Achtung daher diesen preussischen Industrie-Artikeln, denen es gelungen ist, nicht bloß in das Publikum aller Länder zu dringen, sondern auch durch ihre sanitätischen Eigenschaften die Heilanstalten ersten Ranges für sich zu gewinnen. Als die kaiserl. französische Regierung das Hoff'sche Malzextrakt-Gesundheitsbier in ihren Hospitälern einzuführen beschloß, hatte und den Fabrikanten der Malzfabrikate, Herrn Hoflieferanten Johann Hoff in Berlin, nach Paris zum Abschluß eines Lieferungsvertrages kommen ließ; als nach diesem Abschluß die Fabrikate in großen Dimensionen von den dortigen Spitalen verbraucht wurden und die erfreulichsten Erfolge hervorriefen, ahnten wir gleich, daß die vorzüglichsten Hospitäler Europa's darauf achten würden. In der That sehen wir jetzt diese Voraussagung in ihrem weitesten Umfange erfüllt.)

Von den weltberühmten patentirten Johann Hoff'schen Malzfabrikaten: **Malzextrakt-Gesundheitsbier, Malz-Gesundheits-Chocolade.**

lade, Brust-Malz-Zucker, Brust-Malz-Bonbons etc. halten stets Lager in Posen die Herren **Gebr. Plesner, Markt 91., und Herrmann Dietz, Wilhelmstr. 26.**

Angekommene Fremde.

Vom 25. September.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Kaufmann London aus Breslau, Kapellmeister Dirse nebst Frau aus Landsberg a. W.
SHOWARZER ADLER. Frau Niemcewicz aus Lemberg, Privatier Förster aus Gnesen, Hauptmann v. Winterfeld aus Ostreich, Agromom v. Kaczynski aus Potrymowice, Dekonom Witkier aus Wollstein, Lieutenant v. Lilienfeld aus Breslau.
STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer v. Siforski nebst Frau aus Mielznow, Graf Kwiecki aus Kobelnitz, Ritter v. Michalowski aus Wittowice und v. Gorzenski aus Wigowo, Oberförster Gracynski aus Szadrajewo, die Kaufleute Unruh aus Breslau und Klein aus Köln, Privatier Löwen aus Magdeburg.
OEHRMANN'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Wasilewski aus Chocicza und v. Treslow aus Dwinisk, die Gutsbesitzer Schönberg aus Langoslin, Kutowski aus Staw und Rehberg aus Sopotnik, Gutsbesitzer Koczorowski aus Chocicza, Kaufmann Karfunkel aus Berlin.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer v. Jagow aus Berlin, Schumann aus Slupia und Kinder aus Mechowo, die Kaufleute Hirschfeld aus Hamburg, Ernst aus Berlin und Baun aus Köln, Rittermeister Graf Pfeil aus Posen.
TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Sommerfeld aus Bingen und Kuf aus Marienwerder, einjähr. Freiwilliger Dwiniski aus Posen, Gutsbesitzer Trampczynski aus Grzybowo, Ober-Telegraphist Siebe aus Prag, Zahlmüller Müller aus Dwinisk, die Lieutenanten Grabi aus Chortowo und v. Gellhorn aus Krostki.
HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer v. Chlapowski aus Czernowawice, v. Chlapowski aus Kowaszewo, Delan Sulistowski aus Granowo, Fräul. Weinlauf aus Kowicz.
HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Möbius aus Lomniz und Krieger aus Breslau, Justizrath Kwadynski nebst Sohn, die Premierlieutenanten Zuter und Krüger aus Gnesen, Lieutenant Schönfeld aus Komornitz, Zahlmeister Niekmann aus Breslau.
BAZAR. Die Gutsbesitzer Karsnicki aus Myski, Kurnatowski aus Borsow, Brzozowski aus Posen und Kefowski aus Koszut, Kaufmann Sandberg aus Breslau.
HOTEL DE PARIS. Die Partikuliere Synniewski aus Kowaszewo, Baron v. Jedewitz aus Breslau, Agromom Witkowski aus Krafau, Probst Brzefinski aus Barzeczewo, Beamter v. Bielinski aus Warchau.
EICHBOHN'S HOTEL. Postassistent Schöner aus Schwerin a. W., Kaufmann Hahn aus Ologau.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Das im Gnesener Kreise belegene, 1/2 Meile von der Stadt Klesko, an der von Gnesen über Klesko nach der an der Neße und der Dübahn belegenen Stadt Ratel führenden Chaussee, 2 1/2 Meilen von der Kreisstadt Gnesen und 8 1/2 Meilen von der Stadt Ratel, 6 Meilen von Posen entfernte königliche Domänen-Vorwerk **Polskawies** wird zu Johannis 1867 pachtlos und soll von da auf weitere 18 Jahre, im Wege des Meistgebots verpachtet werden.

Der Verpachtungstermin steht am **Montag, den 22. Oktober 1866**

Vormittags 11 Uhr im Sitzungssaale des hiesigen Regierungsgeländes vor dem Herrn Regierungsrath von Schierstedt an.

Qualifizierte Pachtbewerber werden zu dem zu Termine hierdurch vorgeladen.

Das zur Verpachtung kommende Vorwerk enthält:

an Hof und Baustellen	11 Mg.	63 □ Mth.
" Garten	6	97 "
" Acker	1102	49 "
" Weiden	93	92 "
" Weide	133	176 "
" Wasser	147	162 "
" Wege	15	113 "

zusammen 1511 Mg. 32 □ Mth.

Das geringste Pachtgeld ist auf 1700 Thlr. festgesetzt.

Zur Uebernahme der Pacht ist persönliche Qualifikation und ein disponibles Vermögen von mindestens 15,000 Thlrn. erforderlich und vor der Zulassung zum Gebot dem Kommissarius nachzuweisen.

Licitations- und Pachtbedingungen können in unserer Domänen-Registrierung und bei dem königlichen Domänenpächter Vater in **Polskawies** eingesehen, die speziellen Pachtbedingungen auch gegen Einziehung der Kopialien durch Postvorsicht abschriftlich mitgeteilt werden.

Bromberg, den 19. September 1866.

Königliche Regierung.

Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

Publicandum.

Zur Veräußerung des früheren, auf 1083 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. abgeschätzten Schulgrundstücks **Jerzyce** Nr. 79 an den Meistbietenden im Wege der Licitazion steht ein Termin auf **den 27. September c.,** Nachmittags 3 Uhr, im neuen Schulhause zu Jerzyce an, zu welchem Kaufinteresse hiermit eingeladen werden.

Die Tage und die Bedingungen können in der hiesigen Registratur eingesehen werden.

Posen, den 14. September 1866.

Königlicher Landrath.

(gez.) **Wocke.**

Die von dem Pleschener Kreise gestellten Landwehr-Mobilmachungs-Pferde werden

am Donnerstag

den 27. September 1866

und den folgenden Tagen, Nachmittags 2 Uhr auf dem Viehmarkte

meistbietend gegen baare Zahlung öffentlich verkauft, wozu Kaufinteressenten hierdurch eingeladen werden.

Unter Umständen wird die ständige Kommission gegen sichere Wechsel Kredit gewährt.

Pleschen, den 17. September 1866.

Der königliche Landrath.

Bekanntmachung.

Der auf 4760 Thlr. veranschlagte Bau der Brücken- und Durchlässe und eines Chaussee-Gelderheber-Etablissements auf der neu zu bauenden Chaussee von **Jerzyce** nach **Kunowo**, soll an den Mindestforfordernden ausgethan werden.

Hierzu habe ich einen Termin auf

Donnerstag, 4. Oktober d. J.

Nachmittags 3 Uhr

im landrätlichen Bureau hieselbst anberaumt, zu welchem ich Unternehmungslustige mit dem Bemerkten einlade, daß jeder Bieter 250 Thlr. Kaution zu erlegen hat, der Zuschlag sowie die Wahl unter den drei Mindestforfordernden vorbehalten bleiben, und die übrigen Bedingungen hier und bei dem Baumeister **Schulz** eingesehen werden können.

Kosten, den 24. September 1866.

Der Landrath.

v. c. **Delsa.**

Pferde-Verkauf.

Freitag den 28. September c. Vormittags von 8 Uhr ab sollen auf dem Kanonenplatz 34 Pferde Seitens des unterzeichneten

Magistrats meistbietend verkauft werden. Die zu Pferde können vorher besichtigt werden und wollen sich Reflektanten an unsern Stadt-Inspektor Herrn Seidel wenden.

Posen, den 24. September 1866.

Der Magistrat.

Vom 27. d. M. ab und folgende Tage werden auf hiesigem Kanonenplatz die zum Dienst unbrauchbaren Pferde vom unterzeichneten Regiment, und zwar täglich von früh 9 1/2 bis 12 Uhr öffentlich gegen sofortige Bezahlung in preussischen Münzsorten versteigert.

Posen, den 21. September 1866.

Königliches 2. Leib-Husaren-Regiment Nr. 2.

Am 25. und vielleicht auch noch am 26. d. M. werden die zum Dienst unbrauchbaren Pferde der 3. und 4. Eskadron diesseitigen Regiments in **Pissa** neben der Wache von früh 9 1/2 Uhr ab öffentlich gegen Bezahlung in preussischen Münzsorten versteigert.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung vom heutigen Tage ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister unter Nr. 886:

die Firma **Emil Gittler** zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann **Emil Gittler** dafelbst.

2) in das Register zur Eintragung der Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft unter Nr. 111:

die von dem Kaufmann **Louis Taendler** zu Posen für seine Ehe mit **Pauline Reiter** durch Vertrag vom 10. Januar 1866 ausgeschlossene Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes.

Posen, den 15. September 1866.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Kreisgericht Schroda.

I. Abtheilung.

Das der verwitweten Frau **Victoria v. Brzezanska**, geborene **v. Brzezanska**, gebürtige Rittergut **Gachniet**, wozu ein von dem früheren Hauptgute **Golun** abgetrenntes Stück Wald und ein Stück Feld gehört, abgetheilt auf 12,797 Thlr. 26 Sgr. 8 1/2 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Lage, soll am

7. Januar 1867

Vormittags 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenscheine nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem Gericht zu melden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger:

a. der Kaufmann **Louis Noeder**, früher zu Gnesen.

b. die verwitwete Frau **v. Alkiewicz**, **Augustina** geborene **v. Pollatecka**, früher zu Posen,

werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Nothwendiger Verkauf.

Rgl. Kreisgericht zu Gnesen,

den 19. September 1866.

Das dem Justizrath **Michael Kwadynski** gehörige, hieselbst sub Nr. 60/30. belegene Grundstück, abgetheilt auf 8475 Thlr. 11 Sgr. 3 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Lage, soll

am 2. April 1867

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenscheine nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastations-Gericht anzumelden.

Das **Gymnasium zu Schrimm** beginnt das neue Schuljahr **Mittwoch den 3. Oktober.** Dienstag den 2. finden die Anmeldungen und Prüfungen der neu aufzunehmenden Schüler statt.

Schrimm, den 24. September 1866.

Stephan.

Vorbereitungs-Kurse zum

Fähnrichs-, Freiwilligen- und

Seefadetten-Examen

beginnen Anfangs Oktober c.

Stettin, im September 1866.

Fritzsche.

Material-Waaren-, Möbel- u. Auktion.

Mittwoch, den 26. September, Vormittags von 9, Nachmittags von 3 Uhr ab, werde ich **Wasserstraße Nr. 25.** die zur **Galgen** stehenden Konsummasse gebührenden **Waarenbestände** als: **Zucker, Kaffee, Cichorien, Chokoladen, Reis, Seifen, Lichte** und andere Materialwaaren theils in Fässern und Kisten, 1 **Brüdenwaage** mit Gewicht;

Freitag den 28. September Vormittags von 9 Uhr ab, **Weine, Arac, Re. postorien, diverse Möbel, Geld- und Silbergegenstände**, sowie zwei sehr schöne **Damenpelze** öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski,

Königl. Auktions-Kommissarius.

Kleider-Auktion.

Mittwoch den 26. d. M. früh von 9 Uhr ab werde ich im **Laden Markt 57.** für auswärtige Rechnung eine große Partie **Herren-Kleidungsstücke**, als **Luch u. Duffel-Liebergieber, Röcke, Schlafroben, Hosen, Westen** etc., ferner **Tuche** und **wollene Waaren** etc. etc. öffentlich versteigern.

Manheimer, kgl. Aukt.-Kommissarius.

Mittwoch, den 26. September, Mittags 12 Uhr, werde ich vor dem Hause **Wasserstraße Nr. 25.** 2 **Arbeitspferde**, 1 **Arbeitswagen**, so wie 2 **Fass wasserhelles Petroleum** öffentlich meistbietend versteigern.

Rychlewski,

kgl. Auktionskommissarius.

Möbel-Auktion.

Mittwoch Nachmittags von 2 Uhr ab werde ich wegen Umzuges **Neuestraße Nr. 2.** (Eing. **Waisenstraße**) diverse **Möbel**, als **Schränke, Schreibsekretair, Sopha, Stühle, Küchengeräthe**, einen **kupfernen Waschkessel** etc. öffentlich versteigern.

Manheimer, kgl. Aukt.-Kommissarius.

Möbel-Auktion.

Zu Auftrage des königl. Kreisgerichts werde ich **Mittwoch den 26. September c.** von 9 Uhr ab die zur **Leo v. Kremshof** stehende Konsummasse gehörigen **Mahagoni-Möbel**, als: **Sopha, Spinde, Tische, Stühle, Waschklosette, Spiegel** etc., desgleichen verschiedene **Küchen-Geräthschaften**, im **Stefanowitschen Hause, Winterstraße Nr. 24.** öffentlich versteigern.

Heinrich Grunwald,

gerichtlicher Verwalter der Masse.

Möbel- u. Auktion.

Donnerstag den 27. September c. Vormittags von 9 Uhr ab werde ich **Bäckerstraße Nr. 11.** (1. Stock) diverse **mahagoni Möbel**, als: **Sophas, Stühle, Bettstellen, Servante, Tische, Truemeaux**; ferner: **Betten, Kleidungsstücke, 2 hochflammige Gummibäume, Haus- u. Küchengeräthe** öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski, kgl. Aukt.-Kommissarius.

Möbel- u. Auktion.

Umzuges halber werde ich am **Donnerstag den 27. Nachmittags von 3 Uhr ab** **Berlinerstr. Nr. 31.** mahagoni und birchene Möbel, als: **Tische, Stühle, Bettstellen, Kleider- u. Küchenspinde, Sopha, Servante, Spiegel**, so wie **Haus- und Wirthschaftsgeräthe**; um 5 Uhr:

zwei gute Flügel

öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski,

kgl. Auktionskommissar.

Freitag den 28. Septbr.

Vormittags 10 Uhr

sollen auf dem Kanonenplatz in Posen meistbietend gegen Baarzahlung verkauft werden:

ein halbverbedter Kaleschwagen, ein Leiterwagen mit Körben u. Planen aufgef.

Auktion.

Mittwoch den 26. September c. Vormittags 10 Uhr werden durch den Unterzeichneten in der am **Annay** belegenen ehemals **Baronischen** Wohnung im Auftrage des hiesigen königlichen Kreisgerichts verschiedene **Mahagoni-Möbel** auct. modo versteigert werden.

Grätz, den 21. September 1866.

Lehmann.

Meine zu **Gnin**, im Kreise **Buk**, 1/2 Meile von **Grätz** und 1/4 Meile von **Katow** belegene Ackerparzelle, bestehend aus **Wohn- und Wirthschaftsgebäuden** nebst einer **Wohnmühle** und 14 Morgen **Magdeburger Mähdes** Land, will ich veränderungs halber für 2000 Thlr. verkaufen. Hierauf Reflektirende können sich melden beim **Müllermeister Gottlieb Steinke** in **Gnin**.

Unterhändler werden verboten.

Verkauf eines industriellen Etablissements.

Die Erben des kürzlich verstorbenen **Stadthaltesen, Kaufmanns J. G. Neumann** beabsichtigen zum Behuf der Auseinanderlegung das zum Nachlaß gehörige **Geschäfts-Etablissement** im Termin

den 20. Oktober c.

Vormittags 10 Uhr

im Hause **Fischerstraße Nr. 20.** hieselbst vor dem **Notar, Herrn Justizrath Rosenkranz** an den Meistbietenden zu verkaufen.

Das Etablissement besteht aus einem in der Stadt **Bromberg** am **Bräseflusse** belegenen Grundstück von etwa 5 Morgen, auf dem sich

- 1 Ring-Ziegelofen,
- 2 Kalköfen,
- 1 Kohlenmühle,
- 3 kleine Speicher-Gebäude

und andere Baulichkeiten befinden; ferner aus einem Grundstück in **Czyrkowke**, 1/4 Meile entfernt am **Bräseflusse** gelegen, etwa 30 Morgen groß, welches vorzüglichem Thon enthält.

Der Werth des Etablissements beträgt mehr als 50,000 Thlr.

Das Geschäft ist notorisch ein blühendes. Außer obigen Grundstücken sollen im Termine den 20. Oktober c. noch mehrere an der **Bahnhof- resp. Fischerstraße** und **Bräse** belegene **Bau-Parzellen** gegen günstige Zahlungsbedingungen versteigert werden.

Reflektanten erhalten auf portofreie oder mündliche Anfrage nähere Auskunft durch die **J. G. Neumann'schen Erben.**

Bromberg, den 1. Sept. 1866.

Gutspacht!

1/2 Stunden von **Breslau** ist ein Gut von 340 Morgen, Boden 1. Kl. billig zu verpachten durch den Kaufmann **A. Tobias** zu **Breslau**, Kupferschmiedestraße 20.

Aus dem Felde zurückge-

kehrt, bin ich jetzt wieder in meiner Wohnung, **Breitestr.**

Nr. 12, Morgens bis 9 Uhr

und Nachmittags von 3—4

Uhr zu sprechen.

Dr. Lehmann.

Aus dem Kriege zurückgekehrt, werde ich meine Praxis in **Zerkow** nach wie vor wieder übernehmen. Dies zur Kenntnissnahme auf alle die gefälligen Anfragen.

Zerkow, den 22. September 1866.

Dr. Sachs,

prakt. Arzt.

Sehr wichtig für Bruch-

leidende!

Wer die bewährte Heilmethode des berühmten schweizerischen Brucharztes **Krüni-Altherr** in **Gais**, **N. Appenzell**, kennen lernen will, kann bei der Expedition dieses Blattes ein Schriftchen mit Beschreibung und vielen 100 Zeugnissen in Empfang nehmen.

Zur bevorstehenden Reisezeit empfehle die Benutzung meines Rollgeräths zu billigen Preisen.

Bestellungen nehmen entgegen Herr **F. Fromm**, **Sapiehblas**, und Herr **Ad. Peiser**, **Schuhmacherstr. Nr. 1.**

Albert Peiser,

Speditur.

Für den bevorstehenden **Wohnungswechsel** empfehle ich mein

Rollgeräth.

A. Hirsch,

Große Gerberstraße 32.

Auf dem Dom. **Raspachanie** bei **Rokietnica**

stehen

150 Zuchtmuttern

zum Verkauf.

Am 9. Oktober d. J.

Auktion

in **Repkow** bei **Köslin** (Pommern)

über

vierzig 1- und 1 1/2 jährige, echt französische **Rammwoll-Merino**böcke und fünfundsiebzig 1 1/2 jährige Böcke von **Negretti-Muttern** und französischen Böcken.

Ristow.

